

Armes Land – Reiches Land

- » Perspektiven eines modernen Gerechtigkeitsbegriffs
- » Kluft zwischen Arm und Reich:
gesellschaftlicher Sprengstoff?
- » Regionen schaffen Zukunft
- » Ausverkauf von Ackerland
- » Standortvorteil Land

04 / 2011

KIRCHE im ländlichen Raum



» Inhalt

» Z U M T H E M A

- 4 Bausteine des „Gerechtigkeithauses“** – Theologisch-ethische Perspektiven zu einem modernen Gerechtigkeitsbegriff / Jörg Hübner
- 10 Die Kluft zwischen Arm und Reich** – ein gesellschaftlicher Sprengstoff? / Ulrich Schneider
- 15 Regionen schaffen Zukunft** – Erkenntnisse und Beispiele aus einem Modellvorhaben / Johann Kaether
- 25 Investitionen in den Hunger** – Globaler Ausverkauf von Ackerland im Namen von Entwicklung / Roman Herre
- 32 Nähe, die beschämt** – Armut auf dem Land / Marlis Winkler

» W E R K S T A T T

- 36 Armut im Osten?** – Interview mit **Brigitte M.** / Beate Wolf
- 39 Reichtum und Armut im ländlichen Brandenburg** / Gerhard Gabriel
- 41 Kurze Wege für kurze Beine** / Ulf Häbel
- 44 Entwicklungsblockaden im bäuerlichen Denken?** / Volker Willnow

» M E I N U N G E N

- 48 Arme Bauern – reiche Bauern** / Anton Blöth und Georg Janssen
- 51 Standortvorteil Land** – Eine Reportage über den Trigema-Chef Wolfgang Grupp / Clemens Dirscherl

» R U B R I K E N

- 3 Editorial**
- 28/29 Meditation** / Bild: Werner Christian Jung / Mathias Wolf
- 47 Unser Kommentar**
- 55 Zum Wahrnehmen empfohlen**
- 55 Meldungen**
- 31 Impressum**
- 56 Ausblick auf Heft 1/2012**

» Autorinnen und Autoren

Anton Blöth, Referatsleiter Parlament, Gesellschaftspolitik, Verbandsorganisation, Deutscher Bauernverband, Berlin

Dr. Clemens Dirscherl, Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg, EKD-Ratsbeauftragter für agrarsoziale Fragen, Waldenburg

Gerhard Gabriel, Pfarrer im Löwenburger Land/Brandenburg, Ortsteil Grüneberg

Dr. Ulf Häbel, Theologe, Landwirt, Freiseen

Roman Herre, Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland, Köln

Prof. Dr. Jörg Hübner, Gemeindepfarrer und apl. Professor für Systematische Theologie an der Ruhr-Uni Bochum, Neuss

Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, www.abl-ev.de, Lüneburg

Edith Jüssen-Lehmann, Soziale Beratung im Diakonischen Werk des Kirchenkreises Altenkirchen

Werner Christian Jung, Pfarrer und Sozialarbeiter, Altenkirchen

Johann Kaether, Dipl. Ing., wiss. Mitarbeiter der Hochschule Neubrandenburg <http://www.hs-nb.de/ppages/kaether-johann>

Ute Rönnebeck, Geschäftsführerin des Demeter-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Witten

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, Berlin

Volker Willnow, Dipl. Ing. agr., Landwirtschaftliche Familienberatung, Waldenburg

Marlis Winkler, ehem. Projektleiterin am SWI der EKD, jetzt Referat Soziale Beratung der Diakonie Hannovers

Beate Wolf, Pfarrerin in Menz am Stechlin, Kirchenkreis Templin-Gransee, Brandenburg

*Im Königreich Bhutan wird seit den 1970er Jahren
der Lebensstandard auf andere Art als üblich bemessen:
Dort wird das „Bruttosozialglück“ erhoben.
Das errechnet sich nicht nur aus wirtschaftlichen Faktoren,
sondern bezieht auch ökologische, kulturelle und emotionale
Faktoren mit ein.
„Wonach soll man (...) fragen, um materielles und spirituelles
Wohlbefinden zusammenzubringen?
Lebensstandard, Gesundheit, Erziehung, auch Umwelt, Kultur
und gute Regierungsführung sind solche Fragegebiete.
Ferner die Vitalität der Gemeinschaft, in der man lebt,
emotionales Wohlbefinden und – ganz wichtig –
die Verteilung und Verwendung von Zeit.“
www.zeit.de/2008/13/Bhutan*

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn es um Armut und Reichtum geht, steht nicht nur die materielle Versorgung im Blickpunkt des Interesses, sondern auch die Frage danach, was hinreichende Ressourcen sind, um zufrieden sein zu können. Das befreiende Wort Jesu „Sorget nicht um den morgigen Tag, denn jeder Tag hat seine eigene Mühe“ trifft im Alltag vieler Menschen auf die bittere Realität, nicht für morgen sorgen zu können, weil die Kräfte in der Bewältigung des Heute völlig gebunden sind. Da wird Zeit zum Nachdenken, zum Planen und Träumen zum Luxusgut. Umgekehrt wird in den Erzählungen Betroffener deutlich, dass es einen Unterschied macht, ob diese Belastungen alleine zu tragen sind, oder ob andere da sind, die mithelfen. Die gesellschaftliche Differenzierung muss dann nicht zu Sprengstoff werden, wenn viele sich engagieren, aus den vorhandenen Potentialen und Problemen den gemeinsamen Lebensraum zu gestalten.

Auch die Frage nach der Gerechtigkeit stellt sich dann anders: Ob das Leben, das ich leben kann, das ist, das mir und meinen Wünschen und den Bedürfnissen der Gemeinschaft, mit der ich lebe, entspricht? Die Vorstellung eines Hauses der Gerechtigkeit greift diese Perspektive theoretisch auf. Ganz praktisch wird sie durch die Frage nach dem Ausverkauf des Ackerlandes: In einer globalisierten Welt dürfen Gemeinschaften nicht lokal begrenzt gedacht werden, weil sie sonst das Leben anderer zerstören. Dass Sie Zeit finden, sich mit diesen Themen zu befassen, und in ihrem Alltag Gelegenheiten sehen, zu größerem „Bruttosozialglück“ (eine säkularisierte Form des Wortes Gerechtigkeit?) beizutragen,

Titelbild:
Autohaus wird integrier-
tes Nahversorgungszen-
trum
Foto: Johann Kaether

wünscht für den Redaktionskreis
Anke Kreutz

JÖRG HÜBNER

Bausteine des „Gerechtigkeitshauses“

Theologisch-ethische Perspektiven zu einem modernen Gerechtigkeitsbegriff

„SOZIALE GERECHTIGKEIT“ – EIN UNSINNIGER AUSDRUCK?

„Der Ausdruck ‚soziale Gerechtigkeit‘ gehört nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinnns wie der Ausdruck ‚ein moralischer Stein‘.“

„Soziale Gerechtigkeit“ als unsinniger Ausdruck. Diese Beschreibung könnte aus einem Kommentar zu den aktuellen Vorgängen um die Finanzindustrie dieser Tage stammen: Der globale Finanzmarkt bestimmt doch alle Regeln und Leitbilder des gesellschaftlichen Geschehens. Um so etwas wie „soziale Gerechtigkeit“ könne es da doch nicht gehen! Und überhaupt: Die Vorstellung von einer Sozialen Marktwirtschaft hat es vielleicht einmal in der Bundesrepublik der 1960er Jahre gegeben, sie sei aber auf den globalen Markt nicht zu übertragen. Damit habe auch das Leitbild der „sozialen Gerechtigkeit“ ausgedient.

Jedoch: Das Zitat stammt nicht aus einem Kommentar dieser Tage, sondern aus den 1970er Jahren. Geprägt wurde es vom

großen liberalen Ökonomen Friedrich August von Hayek [Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 2, 1981, S. 112]. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass im Wirtschaftsleben alleine der Markt und der Wettbewerb das Sagen habe. Der Markt funktioniere anonym; er laufe wie von selbst ab. Der Markt kenne die Kategorie „sozial“ deswegen überhaupt nicht. Mehr noch: Wenn um der vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit willen in der Gesellschaft umfangreiche Umverteilungsstrukturen aufgebaut würden, so von Hayek, dann könnten sie die ökonomische Praxis unnötig blockieren. Anreize, das Beste zu geben, würden erlahmen.

BERECHTIGTE EINWÄNDE GEGEN EINEN LEICHTSINNIGEN GEBRAUCH DES LEITBILDES „VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT“

Allen Einwänden zum Trotz ist das Leitbild der sozialen Gerechtigkeit aber

nach wie vor eine zentrale Kategorie kirchlichen Handelns sowie des theologisch-ethischen Diskurses, und das aus guten Gründen! Dabei sind allerdings die oben genannten Anfragen sehr ernst zu nehmen: Wo sind die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit strukturell anzusiedeln? Auf was bezieht sich das Leitbild „soziale Gerechtigkeit“? Was soll denn da eigentlich verteilt werden? Ergänzend zu den Anfragen von Hayeks möchte ich noch hinzufügen: Gibt es denn überhaupt so etwas wie objektive und fundamentale Maßstäbe, an denen sich das Leitbild „soziale Gerechtigkeit“ ausrichten kann?

In Bezug auf die erste Fragestellung nach dem systematischen Ort der sozialen Gerechtigkeit bringe ich Einsichten Philipp Melanchthons, des Sozialethikers unter den Reformatoren, zur Geltung. Er spricht von einem „Gerechtigkeitshaus“, dessen Mauerwerk aus Rechten und Verträgen besteht (1.).

Als Antwort auf die zweite Fragestellung nach den zu verteilenden Gütern wird mein Beitrag mit dem Ökonomen Amartya Sen sowie mit der Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ der Evangelischen Kirche in Deutschland vertraut machen und das Leitbild der „Teilhabe gerechtigkeit“ stark machen (2.).

Schließlich bringe ich im dritten Abschnitt die Antworten der Philosophin Martha Nussbaum zur Sprache und füge in Fortführung ihrer überzeugenden Einsichten die Perspektive der Menschenrechte hinzu (3.).

1. DER REFORMATOR PHILIPP MELANCHTHON – EIN VORKÄMPFER FÜR AUSREICHENDE GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Der Reformator Philipp Melanchthon, Freund und Kollege Martin Luthers in Wittenberg, hat sich wie kein anderer Reformator für eine Reform der Gesetze, des Rechts und der gesellschaftlichen Teilhabe einge-

setzt. Er gilt als Vater der Grundschule. Bildungsreform und die Revitalisierung des Römischen Rechts in Deutschland – das sind seine herausragenden Leistungen neben seiner unermüdlichen Arbeit an einer Zusammenfassung der reformatorischen Glaubenslehre. Die konkrete Rechtssetzung ist der Platz, so Melanchthon, an dem der Gerechtigkeitsimpuls zur Sprache kommt. In der bildlichen Vorstellung von einem „Gerechtigkeitshaus“ hat er diese Einsicht überzeugend dargestellt:

„Denn wie das Haus nach einer bestimmten Regel erbaut ist, nach der alle Teile zweckmäßig zueinander passen, damit es den Bewohner gegen die Unbilden der Witterung schütze, während der Geist des Bewohners nicht in diesen Wänden eingeschlossen ist, sondern sich im stillen Nachdenken über den Willen Gottes und die Ewigkeit in die Ferne, gleichsam zum Himmel aufschwingt ..., ebenso ist die gesamte Staatsverfassung gleichsam eine Art Haus, mit wunderbarer Kunst von Gott erbaut, ausgestattet mit obrigkeitlichen Gesetzen, äußerer Ordnung, Verträgen, Gerichtsbarkeit, Disziplin, Mitteln zur Verteidigung, Strafen. Obgleich von solchen Mauern umgeben und beschirmt, können wir dennoch Gott erkennen und uns davon überzeugen, dass diese Staatsverfassung, durch die dieses Leben geschützt wird, gleichsam ein von Gott für uns eingerichtetes Haus ist.“ (Aus: Rede über die Würde des Gesetzes. Deutsche Übersetzung abgedruckt in: Philipp Melanchthon, Der Lehrer Deutschlands. Ein biographisches Lesebuch, 1997, S. 186.)

Das Bild vom „Gerechtigkeitshaus“ ist aus mehreren Gründen enorm aufschlussreich: Zunächst einmal betont Philipp Melanchthon, dass die Gesellschaft mittels gerechter Lebensverhältnisse zusammengehalten wird. Diese sind einem schützenden Mauerwerk vergleichbar. Dieses Mauerwerk des „Gerechtigkeitshauses“ aus Verträgen, Gerichtsbarkeit, Rechten und Sanktionsmechanismen ist allerdings das Resultat eines zähen Ringens um Kompromisse und Verständigung. Bei diesem

schützenden Mauerwerk der gerechten Lebensverhältnisse geht es um Zweckmäßigkeit und Praktikabilität. Dabei ist jedoch die Gerechtigkeit nicht ins Belieben gestellt, sondern muss an einer göttlichen Ordnung ausgerichtet sein, die Philipp Melanchthon am ehesten in den Zehn Geboten erkennen kann. Also: Der systematische Ort, an dem in reformatorischer Perspektive der Gerechtigkeitsimpuls zur Sprache kommt, ist das bindende und einende Rechtssystem aus Verträgen, Sanktionsmechanismen, Rechtskodizes und einer ausreichenden Gerichtsbarkeit.

Aus diesem Grund hat sich Melanchthon wie kein anderer unter den Reformatoren mit dem Römischen Recht seiner Zeit auseinandergesetzt – und für dessen Wiedereinführung in den deutschen Territorien gekämpft. Wie kein anderer hat er sich mit den wirtschaftsrechtlichen Gegebenheiten seiner Zeit auseinandergesetzt, mit den großen Handelsgesellschaften und den Zinspraktiken, um in ihnen Aspekte der weltlichen Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen. Entscheidend war für ihn, ob eine gleichmäßige Beteiligung aller am Sozialleben inmitten dieser Rechte möglich ist und ob das *salus communis*, das Gemeinwohl, gewahrt bleibt. Bezogen auf den Zins, der sozialen Frage des 16. Jahrhunderts, ging es ihm z. B. um die Frage, ob das Risiko des Kreditnehmers und des Darlehensgebers gleichmäßig und fair aufgeteilt ist. Das Zinsnehmen ist für Melanchthon nicht vom Übel, sondern bedarf lediglich der Überprüfung, ob das damit eingegangene Risiko für beide Seiten gerecht verteilt ist.

Ein letzter Aspekt des „Gerechtigkeitshauses“ ist bemerkenswert: das Anstimmen des Gotteslobs in seiner Mitte. Das Haus aus Rechten, Verträgen und Sanktionsmechanismen verliert seine Existenzberechtigung, wenn nicht in seiner Mitte das Stauen über Gottes erbarmende und befreiende Gerechtigkeit Platz hat. Das „Gerechtigkeitshaus“ ist um der Menschen willen da, die in ihrer Mitte das Gotteslob anstimmen

und sich als gerechtfertigte und befreite Menschen erfahren. Von dort her erfährt auch jeder Kampf um mehr Gerechtigkeit in den äußeren Lebensverhältnissen seine Motivation und Stärke.

Es gilt, dieses Verständnis von sozialer Gerechtigkeit in evangelischer Perspektive zu entdecken. Gerechtigkeit lässt sich danach nicht aus göttlichen Prinzipien deduzieren, sondern ist das Ergebnis menschlicher Auseinandersetzungen und Diskussionen. Sie umgibt das menschliche Miteinander wie ein schützendes Mauerwerk, wobei die Gerechtigkeit insbesondere in den Ordnungen und grundlegenden Rechten zu verorten ist.

DAS BIBLISCHE VORBILD FÜR DEN REFORMATOR PHILIPP MELANCHTHON: DER DEKALOG

Melanchthons Einsichten finden ihr biblisches Vorbild im Dekalog (Dt 5/Ex 20): Diese fundamentale Rechtsordnung wurde in einer Zeit zusammengestellt, als sich im verbliebenen Südreich um Jerusalem und Juda herum eine enorme Machtfülle verdichtete. Sowohl das assyrische Reich im Norden wie das ägyptische Reich im Süden schwächelten. In diesem Machtvakuum kam es zu enormen Konzentrationsbewegungen in Juda – mit verheerenden Folgen für die sozial schwächeren Schichten. Es entstanden starke soziale Gegensätze.

Der Dekalog, der an erster Stelle an Gottes Befreiung erinnert, wendet sich dabei an die erwachsenen und wohlhabenden Männer, sich endlich an die übliche Rechtssprechung zu halten, keine betrügerischen Praktiken zu pflegen und vor allem nicht das Recht nach eigenem Gutdünken auszulegen. In solch einer Lebenspraxis kommt die Gerechtigkeit dort zum Zuge, wo jeder Mensch das zum Leben Nötige erhält und die Lebensgrundlage ihm nicht durch das „Begehren“ der Besitzenden geraubt wird.

DIE GERECHTIGKEITSTHEORIE VON JOHN RAWLS – EINE SÄKULARE VARIANTE DER BIBLISCHEN „OPTION FÜR DIE ARMEN“?

Damit bin ich bei der zweiten Frage: Auf was bezieht sich denn die Forderung nach Gerechtigkeit? Oder im Bild: Auf was besteht denn das Mauerwerk des „Gerechtigkeitshauses“?

Der berühmten Gerechtigkeitstheorie des großen Philosophen John Rawls kommt dabei besondere Bedeutung zu. Gerechtigkeit bezieht sich auf die Grundgüter, die im „Schleier des Nichtwissens“ jeder für sein Leben zu besitzen beabsichtigt. Dazu gehören nach John Rawls Rechte, Freiheiten und Chancen, Einkommen und Wohlstand sowie die sozialen Fundamente der Selbstachtung. Eine gerechte Verteilung liegt dann vor, wenn bei Veränderungen des Systems die am schlechtest Gestellten die größten Vorteile aus den Veränderungen ziehen können. (John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, 1975.)

Diese Gerechtigkeitstheorie ist insbesondere in der christlichen Sozialethik mit Begeisterung aufgenommen worden. Denn es stellt sich der Eindruck ein: Die „Option für die Armen“ findet sich hier in einem säkularen Gewand wieder.

TEILHABEGERECHTIGKEIT: VERTEILUNG VON „VERWIRKLICHUNGSSCHANCEN“ (AMARTYA SEN)

Ob allerdings wirklich Grund zum Feiern besteht, ist hier sehr die Frage. Denn an dieser Gerechtigkeitstheorie ist berechtigte Kritik laut geworden, z. B. vom Ökonomen Amartya Sen. Der aus Indien stammende Wohlfahrtstheoretiker fragt: Was helfen dem Menschen die Grundgüter, wenn der Betroffene diese nicht für sich und sein Leben in Funktionen übersetzen kann?

„Wenn es das Ziel ist, sich primär mit den wirklichen Chancen zu beschäftigen, die ein Individuum hat, um die von ihm gewählten Zwecke zu verfolgen, wie Rawls ausdrücklich

Gerechtigkeit bedeutet (...), dass niemand von den „grundlegenden Möglichkeiten zum Leben, weder materiell noch im Blick auf die Chancen einer eigenständigen Lebensführung“, ausgeschlossen werden darf.

empfiehlt, dann wird man nicht nur die Grundgüter berücksichtigen, über die jemand verfügt, man wird auch über die relevanten persönlichen Charakteristika nachdenken müssen, die eine Umwandlung von Grundgütern in die Fähigkeit des Menschen ermöglichen, seine Zwecke zu verfolgen. So kann ein Behinderter über einen größeren Korb von Grundgütern verfügen und dennoch eine geringere Chance haben, ein normales Leben zu führen als ein Nichtbehinderter mit einem kleineren Korb von Grundgütern.“ (Aus: Amartya Sen, Ökonomie für den Menschen, Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, 1999, S. 184.)

Gerecht ist eine Gesellschaftsstruktur dann, wenn sie eine wachsende Zahl von Menschen in die Lage versetzt, eigenverantwortlich ihre „Verwirklichungschancen“ im Rahmen der sozialen Gegebenheiten zu leben!

Entscheidend ist also nicht die Verteilung von Grundgütern, sondern die Verteilung von Verwirklichungschancen mit dem Ziel, zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung im Rahmen der jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen zu befähigen.

„Capability-approach“ wird diese Gerechtigkeitstheorie genannt. Das englische Leitwort „capabilities“ lässt sich am besten übersetzen mit „verborgene, schlummernde Fähigkeiten“. Daraus besteht also das Mauerwerk des Gerechtigkeitshauses: aus Verwirklichungschancen. Das Anspruchsrecht auf Teilhabe an den Grundgütern ist leer und formal, wenn der betroffene Mensch nicht zugleich dazu auch befähigt wird.

EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND: „GERECHTE TEILHABE“

Die EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ setzt genau bei diesem Konzept an: Gerechtigkeit bedeutet nicht die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, aber auch nicht den Rückzug auf die persönliche Leistung eines jeden Menschen, sondern, dass niemand von den „grundlegenden Möglichkeiten zum Leben, weder materiell noch im Blick auf die Chancen einer eigenständigen Lebensführung“, ausgeschlossen werden darf (Gerechte Teilhabe, Ziffer 60). Teilhabegerechtigkeit meint die „Eröffnung eines elementaren Anspruchs auf Teilhabe an den Lebensmöglichkeiten der Gesellschaft“ (Ziffer 60). Auf dieser Basis fordert „evangelische Ethik für alle Menschen den Zugang zu den Grundgütern der Gesellschaft, eine grundlegende soziale Sicherung und eine Qualifikation aller für die Sphäre des gesellschaftlichen Austausches“ (Ziffer 63). Die biblische „Option für die Armen“ konkretisiert sich, gerade in solch einem Begriff der Beteiligungsgerechtigkeit. Ganz in der Tradition Melancthons stehend, setzt sich diese außerordentlich bedeutsame Denkschrift für eine Stärkung besonders der frühkindlichen Bildung ein. „Armutsbekämpfung mittels finanzieller Unterstützung allein greift [...] nicht [...]. Nur gekoppelt mit einem deutlichen ‚Fordern und Fördern‘ in Richtung Bildung sind wirkliche Erfolge in der Armutsbekämpfung [...] zu erwarten“ (Ziffer 104).

Das also ist der gemeinsame Ansatz: Gerecht ist eine Gesellschaftsstruktur dann, wenn sie eine wachsende Zahl von Menschen in die Lage versetzt, eigenverantwortlich ihre „Verwirklichungschancen“ im Rahmen der sozialen Gegebenheiten zu leben!

3. EIN FESTER RAHMEN FÜR DAS KONZEPT DER BETEILIGUNGSGERECHTIGKEIT? (MARTHA NUSSBAUM)

Die US-amerikanische Philosophin und zeitweilige Lebensgefährtin von Amar-

tya Sen, Martha Nussbaum, geht nun noch einen Schritt weiter: Sie fordert, dass objektive Kriterien eingeführt werden müssten, die zeigen, was denn für ein gutes Leben und eine zufriedenstellende Lebensführung konstitutiv ist. Sie stellt also die These auf: Ein Konzept der Beteiligungsgerechtigkeit benötigt einen festen Rahmen. Es muss die Besonderheiten des menschlichen Lebens berücksichtigen, um nicht in Beliebigkeit und Relativismus abzugleiten.

Entscheidend ist nun, was Martha Nussbaum mit einem gewissen Grad an Universalität versieht: Hier finden sich Aussagen wie die von der Einsicht in die Begrenztheit menschlicher Lebensführung oder von der Befriedigung grundlegender körperliche Bedürfnisse wie Hunger, Durst und sexuelles Verlangen. Es folgen in ihrer Liste die Erfahrungen von Freude und Schmerz, schließlich auch das Bedürfnis nach Humor und Spiel. Nussbaums Liste trägt einen starken sozialkritischen Akzent. Sie geht in Erweiterung des oben entfalteten Ansatzes davon aus, dass eine Gesellschaft nur dann gerecht sein kann, wenn sie unter dem bewussten Einschluss der unaufgebbaren menschlichen Bedürfnisse zu einer Lebensführung befähigt, in der die Menschen ihre Verwirklichungschancen leben können.

DIE POLITISCHEN, SOZIALEN, KULTURELLEN UND WIRTSCHAFTLICHEN MENSCHENRECHTE IN EINE GERECHTIGKEITSTHEORIE INTEGRIEREN!

Ob diese Liste wirklich überzeugen und Maximen für eine gesellschaftliche Orientierung liefern kann, bleibt fraglich. Hier ist es m. E. sehr viel angebrachter, politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Menschenrechte mit dem Konzept einer Beteiligungsgerechtigkeit zu verbinden.

Im Bild vom „Gerechtigkeitshaus“ gesprochen würde dies bedeuten: Gerechtigkeit findet ihren adäquaten Ausdruck in den Rechten, Gesetzen, Sanktionsmöglichkeiten

und Verträgen. Damit wäre ihr Ergebnis jedoch immer noch menschlich-kontingent. Das Mauerwerk eines gerechten Hauses der Gesellschaft darf jedoch nicht aus beliebigen Versatzstücken bestehen, sondern aus unaufgebbaren Bestandteilen, nämlich aus den unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechten. Dazu gehört z. B. das Recht auf körperlich Unversehrtheit, das Recht auf Meinungsfreiheit oder das Recht auf eine ausreichende Gesundheitsversorgung, auf faire Arbeitsbedingungen oder einen angemessenen Wohnraum. In den Menschenrechten findet das Recht auf Teilhabe seine letzte und unaufgebbare Grenze und Orientierung.

DAS GOTTESLOB IN DER MITTE DES „GERECHTIGKEITSHAUSES“

Ich komme zum letzten Mal zum Bild des „Gerechtigkeitshauses“ zurück, das Melanchthon geprägt hat: Der Ansatz bei der Beteiligungsgerechtigkeit und damit die Gestaltung des festen Mauerwerkes erlahmt, wenn nicht im Innern des Hauses immer wieder das Gotteslob ertönt. Dazu gehört auch das Staunen darüber, dass Gott in der Auferweckung Christi die verheißene Gottebenbildlichkeit der Sphäre des Todes entzissen hat.

Im österlichen Licht wird jedem Menschen das uneingeschränkte Recht auf Teilhabe an den fundamentalen Rechten zugestanden werden können und müssen. Deswegen sind die Menschenrechte, die Grundlage eines Diskurses über ausreichende Teilhabe, mehr als Rechte: Sie sind zugleich auch Verheißungen und Zusagen. Das Gotteslob in der Mitte des Gerechtigkeitshauses wird damit der Ausgangspunkt für ein visionäres, zuversichtliches und optimistisches Bauen an den festen Mauern einer gerechten Gesellschaft. «

Die Kluft zwischen Arm und Reich – ein gesellschaftlicher Sprengstoff?

14,6 % der Bevölkerung in Deutschland waren im Jahr 2009 armutsgefährdet. Ihr Einkommen lag unter 60 % des Durchschnittseinkommens. Dies sind immerhin rund 12 Millionen Menschen – ein Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik und des wiedervereinten Deutschlands. Bei nach wie vor über sechs Millionen Hartz IV-Beziehern, über eine Million Menschen in der Sozialhilfe und fast 300.000 Kindern in Familien, die wegen ihres Niedrigeinkommens einen Kinderzuschlag erhalten, sind derlei Zahlen durchaus plausibel.

ABSTURZ UND PERSPEKTIVE

Zunehmende Perspektivlosigkeit ist es, die die neue Einkommensarmut kennzeichnet und ihre besondere Brisanz begründet.

Gelang es nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in den Jahren 1996 und 2000 immerhin noch fast der Hälfte, aus der Einkommensunter-schicht wieder in die Mittelschicht aufzu-steigen, war es zwischen 2002 und 2006 gerade noch ein gutes Drittel. Die Hartz IV-Statistik bestätigt den Trend. Rund 70 % der Hartz-IV-Bezieher sind aktuell bereits ein Jahr und länger auf diese Hilfe angewiesen. Etwa die Hälfte war es sogar bereits 2 Jahre und länger. Mit dem berühmten „Trampolin“ oder dem „Sprungbrett in den Arbeitsmarkt“, als das uns Hartz IV politisch schöngeredet werden sollte, haben diese Zahlen nichts zu tun.

Es ist eine zerstörerische Wirkung, die von dieser Perspektivlosigkeit ausgeht. Arbeit ist bekanntermaßen mehr als Gelder-

werb. Arbeit strukturiert unseren Alltag, Arbeit prägt unsere Familienstrukturen, Arbeit gibt uns Rollenbilder, Arbeit ist mit Status verbunden und prägt sogar einen Großteil unserer Eitelkeiten. Nach wie vor leben wir in einer Arbeitsgesellschaft mit ausgesprochenem Arbeitsethos. Der Fall in die Arbeitslosigkeit bedeutet daher weit mehr als Einkommensverlust. Der Fall in die Arbeitslosigkeit bedeutet geradezu einen Zusammenbruch von zum Teil seit Jahrzehnten gelebten Routinen und Selbstbildern. Entscheidend dafür, wie dieser Absturz wahrgenommen wird, ist die Perspektive, die der einzelne hat. Ob es sich lediglich um eine „Durststrecke“ handelt, deren Ende bereits absehbar ist, oder ob keinerlei Ausweg in Sicht ist, entscheidet über das Erleben und die persönliche Entwicklung, die nicht selten von Existenzängsten geprägt ist und irgendwann von dem Gefühl, einfach nicht mehr dazuzugehören.

ARME JUNGE MENSCHEN

Gerade Kinder brauchen das Gefühl der Zugehörigkeit und die verheißungsvolle Perspektive für ihre Entwicklung wie die Luft zum Atmen. Viele Pädagogen werden es bestätigen: Erst die Orientierung auf die Zukunft und die Freude auf den morgigen Tag schaffen die Energie und die seelische Bewegung, die das Kind zu seiner Entfaltung braucht. Die subjektive Vorwegnahme künftiger Optionen durch das Kind ist ständiger Antrieb und Motor von Entwicklung. Wer Kindern jedoch den Glauben an die Perspektive und die Freude auf das Morgen nimmt, lässt Energien versiegen, raubt dem Kind die Kindheit und nimmt dem Pädagogen jede Chance zur Bildung und Erziehung.

Fraglich ist jedoch, woher Kinder und Jugendliche ihren Glauben an Perspektiven nehmen sollen, wenn sie miterleben, wie ihre älteren Geschwister sich hundertfach erfolglos bewerben, und wie sie zu der Überzeugung gelangen sollen, ihre Zukunft selbst in der Hand zu haben, wenn sie erleben müssen, wie ihre Eltern schon über Jahre erfolglos versuchen, aus Hartz IV herauszukommen, aber immer wieder scheitern. Wie sollen diese Kinder Lebensmut entwickeln, wenn zu Hause Resignation und Frust herrschen?

Wir haben Regionen in Deutschland, in denen jedes dritte Kind von Hartz IV lebt. In unserer Hauptstadt Berlin sind es sogar 35 Prozent. Wir können uns heute noch gar keine rechte Vorstellung davon machen, was es für die Entwicklung eines Kindes bedeutet, wenn nicht nur die eigenen Eltern und die Nachbarn jahrelang ohne Arbeit sind, sondern der halbe Stadtteil; wenn Arbeitslosigkeit und Hartz IV der Normalfall sind und die Erwerbstätigkeit die Ausnahme bleibt. Wir sollten uns vor Augen halten, dass in Deutschland in großer Zahl Kinder heranwachsen, die die Situation, dass morgens alle das Haus verlassen, weil sie zur Arbeit oder zur Schule gehen, am ehesten noch aus dem Fernse-

hen kennen, aber nicht aus dem persönlichen Umfeld.

Angesichts dieser Situation kann auch ein Bildungs- und Teilhabepaket, wie es von Bundestag und Bundesrat nach monatelangem Tauziehen auf den Weg gebracht worden ist, nur als marginal beurteilt werden. Dass auch arme Kinder einen Sportverein besuchen können und ein warmes Schulesen erhalten sollten, dürfte im fünft-reichsten Land dieser Erde eine Selbstverständlichkeit sein. Ebenso, dass sie an der Klassenfahrt teilnehmen und wenn nötig Lernförderung erhalten. Jedoch, wie es die Arbeitsministerin tat, vor die Kameras zu treten und zu erklären, man habe mit diesem Kompromiss „Geschichte geschrieben“, ist einfach nur peinlich, und zeigt, dass man offensichtlich nicht begriffen hat, worum es bei der Armutsbekämpfung wirklich geht.

DAS ÜBERFORDERTE (LEISTUNGS-) SYSTEM

Es gibt keine Alternative zur Perspektive – nicht für den Einzelnen und im Grunde auch nicht für weite Teile unseres sozialen Sicherungssystems. Mit ihrem Äquivalenz-Prinzip haben die tragenden Säulen dieses Systems – die Arbeitslosen- und Rentenversicherung – keine Antwort auf Perspektivlosigkeit. Auf dauerhafte Ausgrenzung sind sie einfach nicht eingestellt. Schutz vor Armut bieten sie dem, der ohnehin ein gutes Erwerbseinkommen hat und nur kurzzeitig arbeitslos ist. Eine zunehmende Zahl von Mehrfach- und Langzeitarbeitslosen und ein wachsender Niedriglohnssektor lassen dieses System dagegen zunehmend ins Leere laufen.

Als in der Krise Mitte der 1970er Jahre die Arbeitslosenzahl auf über eine Million hochschnellte, erhielten immerhin 2/3 von ihnen Arbeitslosengeld. 1990 war es mit 42 % nicht einmal mehr die Hälfte und heute ist es gerade noch ein Drittel der registrierten Arbeitslosen – Resultat einer sich zu-

nehmend verhärtenden Arbeitslosigkeit und politisch restriktiver Eingriffe in die Arbeitslosenversicherung. Und selbst für das verbleibende Drittel gilt: Wer im Niedriglohnsektor von Löhnen leben muss, mit denen er bereits als Erwerbstätiger kaum über Hartz IV liegt, den wird im Falle des Arbeitsplatzverlustes das Arbeitslosengeld I nicht vor der Hartz-IV-Armut schützen.

Ganz ähnlich sieht es bei der gesetzlichen Rentenversicherung aus, nur dass die Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen und Niedriglohnsektor hier naturgemäß erst mit zeitlichem Abstand durchschlagen.

Die ausgesprochen niedrige Quote von 2,4 % der älteren Menschen, die derzeit auf Grundsicherung angewiesen sind, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine rapide Zunahme der Altersarmut in den nächsten 15 bis 20 Jahren fast schon unausweichlich ist, wenn nicht massiv gegengesteuert wird. Je mehr ehemals Langzeit- und Mehrfacharbeitslose und Niedriglohnbezieher oder prekär Beschäftigte das Rentenalter erreichen, umso schärfer stellt sich erneut das Problem der Altersarmut, und umso deutlicher wird der armutspolitische Funktionsverlust der gesetzlichen Rentenversicherung.

WERTELÜGE LEISTUNGSGERECHTIGKEIT

Die tradierten Prinzipien des bundesdeutschen Sozialstaates sind in jeder Hinsicht an ihre Grenzen gestoßen. Nicht nur, dass sie in immer weniger Fällen vor Armut schützen. Die Legitimation der Arbeitslosen- und Rentenversicherung selbst steht auf dem Spiel. Insbesondere für Menschen im Niedriglohnsektor gilt, dass ihnen Beiträge abverlangt werden, wohl wissend, dass sie weder bei Arbeitslosigkeit noch im Alter durch diese Kassen vor Armut geschützt werden. Da Möglichkeiten der privaten Vorsorge in aller Regel ebenfalls nicht gegeben sind, werden sie zu ihrem Arbeits-

losengeld oder ihrer kleinen Rente zusätzlich Hartz IV und Altersgrundsicherung beantragen müssen. Damit jedoch verfügen sie über das gleiche Einkommen, als wenn sie niemals in die Kassen eingezahlt hätten.

Schließlich gefährdet die Perspektivlosigkeit auch den notwendigen ideellen Grundkonsens dieser Arbeitsgesellschaft. Es ist die Leistungsnorm, die ihr ideelles Fundament bildet. Wer etwas leistet, verdient Belohnung. Wer guten (Leistungs-) Willens ist, bekommt sogar sozialen Schutz: Jeder nach seiner Leistung, jeder nach seinen (Versicherungs-)Beiträgen. Die Solidargemeinschaft ist eine Gemeinschaft von Leistungserbringern. Wer hingegen nichts leistet, schließt sich aus. Unverhohlen wertend sprechen wir von Leistungswilligen, Leistungsträgern oder Leistungsverweigerern.

Im Grunde belügen wir uns mit dem Leistungsbegriff jedoch gleich doppelt. Sagen wir Leistung, meinen wir eigentlich Erfolg. Und sagen wir Erfolg, meinen wir in Wirklichkeit Geld. Mit dieser Verwechslung wird der ohnehin schon kuriose Wert Leistungsgerechtigkeit endgültig zur Ideologie im schlechten Sinne, zur Werte-Lüge im Interesse von Vorteilsnehmern. War das Leistungsideal damit als normatives Grundkonzept der bundesrepublikanischen Gesellschaft immer schon fragil, so trug es doch. Selbst diejenigen schienen sich an die ideologische Wertelüge von der Leistungsgerechtigkeit gewöhnt zu haben, die sich ganz unten auf der Leistungs-, Erfolgs- oder Einkommensstreppe befanden. Bescheidenheit war schon immer ihre Tugend, das Motto „Geld allein macht nicht glücklich“ ihr Trost, die Ziehung der Lottozahlen ihre Hoffnung. Die Empörung über die tatsächlichen Einkommensungerechtigkeiten hat sich viele Jahre lang allenfalls im Stammisch-Geschimpfe über „die da oben“ Luft gemacht, womit „die da oben“ im Zweifel ganz gut leben konnten.

Dass das Ideal der Leistungsgerechtigkeit trotz seines offensichtlichen Ideologie-

gehalts gesellschaftlich tragen konnte, dürfte ganz wesentlich damit zusammenhängen, dass sein Grundversprechen im Großen und Ganzen noch halbwegs funktionierte: Jeder, der guten Willens ist und sich anstrengt, hat auch eine Perspektive. Spätestens jedoch, wenn Menschen in großer Zahl zwar Leistungen erbringen wollen, aber nicht die Chance dazu erhalten, verliert ein soziales Gerechtigkeitsideal, das sich aus dem Leistungsprinzip speist, seine Legitimation, seine Akzeptanz und damit letztlich seine Fähigkeit, gesellschaftlichen Konsens zu erzeugen. Wenn Millionen von Menschen keine befriedigende Perspektive mehr sehen und wenn Millionen von Kindern nicht erlernen, an Perspektiven zu glauben, verliert das Leistungsideal seine integrierende Kraft. Menschen ohne Chancen brechen aus, suchen sich ihre eigenen Normen, schaffen sich ihre eigenen Welten und ihre eigenen Prinzipien. Es ist eine eigene Ordnung, ein eigenes Werte- und Beziehungsgeflecht, das es ihnen wieder erlaubt, subjektiv erfolgreich zu sein. Die Gesellschaft zerfällt.

LAUFBAND STATT HAMSTERRAD!

Schnellstens müssen wir daher unsere sozialen Sicherungssysteme wieder arbeitsfest machen. Um Mindestrenten und deutliche Verbesserungen beim Arbeitslosengeld I werden wir über kurz oder lang gar nicht herum kommen.

Doch selbst, wenn wir mit solchen Maßnahmen unseren Versicherungen wieder auf die Beine geholfen haben: Wo immer mehr Menschen ohne echte Perspektiven da stehen, ist es mit Geld allein nicht mehr getan. Es müssen Perspektiven her – nicht abstrakt und allgemein, sondern in jedem Einzelfall, ganz konkret. Auf dieses Ziel hin sind unsere bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wo immer möglich auszurichten, sollen sie soziale Probleme nicht nur verwalten, sondern lösen.

Doch sind wir derzeit von einer solchen Sozial- und Bildungspolitik noch weit entfernt. Das „Fordern und Fördern“ in Hartz IV entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein nicht selten aktionistisch anmutendes Maßnahmengewusel, das deshalb so stark von Zwang und Sanktionsdruck durchdrungen ist, weil man gerade nicht in der Lage ist, wirkliche Perspektiven zu bieten. Menschen verrichten Ein-Euro-Jobs, obwohl klar ist, dass dieser Weg nur in Ausnahmefällen in den ersten Arbeitsmarkt führt. Sie werden zum Teil zu Jobs gezwungen, die weit unterhalb ihrer Qualifikation liegen und die sie als weitere Stufe ihres beruflichen Abstiegs empfinden. „Aktivierung“ wurde mit Hartz IV versprochen – und mehr ist es wirklich nicht. Die Arbeitssuchenden werden „in Bewegung gehalten“. Mit Perspektiven und Zielgerichtetheit hat das erst einmal nichts zu tun, wie die einschlägigen Untersuchungen zeigen. Statt auf einem Laufband zum ersten Arbeitsmarkt finden sich zu viele im Hamsterrad wieder.

BILDUNG BRAUCHT ARBEITSPERSPEKTIVE

Nicht viel besser sieht es an unseren Schulen aus. So wichtig Bildung und Bildungsabschlüsse in dieser Erwerbsgesellschaft für die Chancen unserer Schüler auch sind – es sind abstrakte Möglichkeiten. Für denjenigen, dem die Schule leicht fällt, der Unterstützung von zu Hause erfährt und für den die Erwerbstätigkeit seiner Eltern etwas ganz Selbstverständliches ist, scheinen sie während der gesamten Schulzeit greifbar und fast selbstverständlich. Wer jedoch keine guten Startvoraussetzungen mitbringt, wer schon aufgrund der Einkommenssituation seiner Eltern ausgegrenzt ist und mit der Erfahrung der schier aussichtslos wirkenden Arbeitssuche seiner Eltern und der genauso deprimierenden Lehrstellensuche seiner älteren Geschwister aufwächst, für den bleiben sie immer ab-

strakt. Es kann nicht funktionieren, ein Kind oder einen Jugendlichen zu aus seiner Sicht sinnloser Anstrengung motivieren zu wollen. Um Kinder und Jugendliche aus sozial unterprivilegierten Umfeldern zu motivieren, müssen die Perspektiven konkret und damit glaubhaft sein.

Unsere Sozial- und Bildungspolitik wird nur dann eine Antwort auf die Armutsfrage finden, wenn sie den Armen ganz konkrete Perspektiven bietet und nicht lediglich irgendwelche Bildungsinhalte vermittelt. Bildung mag die notwendige Bedingung sein, die ganz konkrete Perspektive aber erst die hinreichende. Wir können nur errahnen, was es für das Klima, die Lernbereitschaft und die Leistungsfähigkeit an unseren Hauptschulen bedeuten würden, wenn wir jedem Schüler und jeder Schülerin einen konkreten Ausbildungsplatz versprechen könnten, sofern die Leistung halbwegs stimmt. Gleiches gilt genauso für all die sogenannten Maßnahmen und sozialpädagogischen Hilfen für junge Menschen in Hartz IV – vom Sprachkurs über Bewerbungstraining bis hin zum Ein-Euro-Job, wenn sie tatsächlich auf ein ganz konkretes Ziel hin geplant und organisiert wären, nämlich auf den Ausbildungs- oder Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt.

KEIN REGIONALES UND SOZIALES AUSEINANDERBRECHEN!

Da der freie Markt offensichtlich nicht in der Lage ist, die notwendigen Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze zu schaffen, muss in übergeordnetem Interesse der Staat tätig werden. Experten gehen von 80.000 bis 120.000 fehlenden Lehrstellen aus. Wir können nicht einfach auf die demographische Entwicklung setzen. Ganz im Gegenteil: Mit zunehmend alternder Gesellschaft können wir erst recht auf keinen Jugendlichen verzichten. Wir brauchen deutlich mehr Lehrstellen in den Betrieben und außerdem mehr „ausbildungsbegleitende Hilfen“ oder sozialpädagogische Be-

gleitung. Schließlich sind neben der Ausbildung in den Betrieben auch mehr staatlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungsplätze bei entsprechend spezialisierten Ausbildungsbetrieben notwendig: nicht nur für die, die bei der betrieblichen Ausbildung leer ausgegangen sind, sondern gezielt für solche jungen Menschen, die den Anforderungen eines Betriebes, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht gewachsen sind. Und da es offensichtlich nicht anders geht, muss auch wieder über eine Ausbildungsplatzabgabe derjenigen Betriebe nachgedacht werden, die nichts oder zu wenig für die Ausbildung ihres Nachwuchses tun. „Fördern und Fordern“ – was für jeden arbeitslosen Jugendlichen gilt, sollte auch für die Betriebe zur Regel werden.

Ohne ein effizientes System der beruflichen Ausbildung, das auch die Jugendlichen mitnimmt, die es etwas schwerer haben, werden wir niemals die nötigen Impulse in den Schulen auslösen können, die nötig sind, um tatsächlich so gut wie alle Jugendlichen zu einem befriedigenden Lernerfolg zu führen. Auch das Problem einer fehlenden Ausbildungsreife einzelner Jugendlicher, über das seitens der Wirtschaft alljährlich geklagt wird, werden wir nur vom Ende her lösen können: Indem wir nämlich genügend Ausbildungsstellen und ausreichend flankierende Hilfen bereitstellen, die den jungen Menschen signalisieren: „Du hast eine Perspektive, wenn du dich nur anstrengst!“

Unsere Gesellschaft ist im Begriff, regional und sozial auseinanderzubrechen. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind an ihren Grenzen angelangt. Alle bildungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müssen folglich danach befragt werden, ob sie die Menschen vor Einkommensarmut und Ausgrenzung bewahren und ob sie konkrete Perspektiven schaffen. Perspektiven für die Armen, Perspektiven für diese Gesellschaft. «

Regionen schaffen Zukunft

Erkenntnisse und Beispiele aus einem Modellvorhaben

„Wölfe statt Menschen“¹, „Not am Mann“², „der Reiz der Leere“, „Wildnis statt Wirtschaftsförderung“³. Vielfältig sind die Schlagworte und (Horror-) Szenarien, die durch Fachliteratur und Presse seit Jahren geistern, wenn es um die Zukunft der ländlichen, oftmals peripher gelegenen Regionen insbesondere in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der enormen demografischen Veränderungen geht. Längst ist dies jedoch kein ostdeutsches Phänomen mehr, sondern hat längst vor allem die ländlich geprägten westdeutschen Regionen erreicht z.B. im nördlichen Hessen, in Oberfranken, im südlichen Niedersachsen, in der westlichen Pfalz oder der Eifel.

KENNZEICHEN SCHRUMPFENDER LÄNDLICHER RÄUME

Ländliche Regionen, in denen wirtschaftliche Strukturschwäche und eine geringe Bevölkerungsdichte zusammentreffen, geraten immer mehr in eine Abwärts-spirale kumulierender negativer Entwicklungen. Ökonomischer Strukturwandel und demografischer Wandel verstärken sich gegenseitig. Geringere Einnahmen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und wachsende kommunale Ausgaben durch altersstrukturelle Veränderungen führen zu hoher Abhängigkeit der Kommunen von Zuweisungen. Die Abwanderung junger, qualifizierter Arbeitskräfte (Fachkräftemangel), Abwanderung junger Frauen, Abwanderung von Leistungsträgern (Qualifikations- und Kompetenzverlust) mindern zunehmend den ge-

sellschaftlichen Unterbau einer innovativen jungen Bevölkerungsgruppe. Diese Entwicklungen führen dazu, dass die Tragfähigkeit der Einrichtungen und Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge in der bisherigen Form nicht mehr gewährleistet werden kann und sich die allgemeinen Lebensbedingungen bereits erkennbar verschlechtern. Diese mehrdimensionalen Schrumpfungsprozesse betreffen sowohl ostdeutsche als auch zunehmend westdeutsche Räume.

MODELLVORHABEN „DEMOGRAPHISCHER WANDEL – REGION SCHAFFT ZUKUNFT“

Was kann angesichts der beschriebenen Entwicklungen und Herausforderun-

gen in den ländlichen Regionen getan werden? Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) rief dazu 2007 das Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ ins Leben, das durch das Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung betreut wurde. Grundlage für Modellvorhaben des Ministeriums sind die sogenannten Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland, mit denen sich die Ministerkonferenz der Raumordnung (MKRO), ein Gremium, in dem die für Raumordnung zuständigen Minister von Bund und Ländern vertreten sind, im Jahre 2006 eine gemeinsame Entwicklungsstrategie für die Städte und Regionen in Deutschland gegeben hat.⁴ Dabei zielt das Leitbild „Wachstum und Innovation“ auf die verstärkte Nutzung regionalspezifischer Stärken und endogener Potenziale. Durch das Leitbild „Daseinsvorsorge sichern“ wird „die Neuausrichtung von Strategien, Instrumenten und Standards, um auch künftig eine angemessene Grundversorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verkehr, sicherzustellen, unterstützt“.⁵

In dem Modellvorhaben wurden zwischen 2007 und 2011 vier Modellregionen, die sich aufgrund ihrer Rahmenbedingungen mit den Folgen des demografischen Wandels besonders intensiv auseinandersetzen müssen, unterstützt. Ziel war, Erfahrungen zu sammeln, die ländlichen Regionen in ganz Deutschland mit vergleichbaren demografischen Bedingungen helfen sollen, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten statt passiv zu erleiden. Das Modellvorhaben verfolgte dabei eine Doppelstrategie aus Gegensteuern und Anpassen. Es wurden einerseits Aktivitäten und Projekte zur Förderung von Beschäftigung, Innovation und Wachstum sowie andererseits der vorausschauenden Anpassung der Angebote und Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge unterstützt. Dabei wurden lokale Potentiale gestärkt und gleichzeitig Inputs von außen gegeben. Mit den Projekten im Modellvorhaben sollten den Menschen vor Ort Impulse gegeben werden, sich dem demografischen Wandel in ihrer Region, in ihren Wohnorten zu stellen und ihr zukünftiges Lebensumfeld mitzugestalten.

Zunächst wurden die beiden ostdeutschen Modellregionen Südharz-Kyffhäuser (Landkreise Mansfeld-Südharz, Sachsen-



Mehrgenerationenplatz Jestädt

Foto: J. Kaether

Anhalt und Kyffhäuserkreis, Thüringen) und Stettiner Haff (Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern) und in einer zweiten Phase dann der Landkreis Nordfriesland (Schleswig-Holstein) und der Werra-Meißner-Kreis (Hessen) jeweils in einem Teilnahmewettbewerb ausgewählt.⁶ Wichtige Grundlage für die Förderung waren demografische Handlungskonzepte. Diese wurden von den Modellregionen erstellt, haben eine integrative, ganzheitliche Ausrichtung, sind auf die Potenziale der Regionen abgestimmt und enthalten regional entwickelte innovative Projektideen, Vorschläge für deren Vernetzung und Ansätze für die Einbeziehung von lokalen Akteuren. Die Einbeziehung der Ideen und der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort war ein wichtiges Anliegen des Modellvorhabens.

Grundsätzlich können in den Modellregionen zwei parallele Aktivitätsstränge ausgemacht werden: einerseits die Durchführung und Umsetzung von konkreten Projekten zur Verbesserung der örtlichen Lebensqualität und andererseits die Erarbeitung einer regionalen Strategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge, den Masterplan Daseinsvorsorge. Ausgewählte Beispiele, Erkenntnisse und Erfahrungen aus diesen beiden Schwerpunkten sollen im Folgenden vorgestellt werden.

MASTERPLAN DASEINSVORSORGE, EINE STRATEGIE ZUR SICHERUNG DER REGIONALEN DASEINSVORSORGE

Ein zentraler Baustein in den Modellregionen, insbesondere den beiden westdeutschen Kreisen war der sogenannte Masterplan Daseinsvorsorge.⁷ Im Rahmen der Daseinsvorsorge übernehmen Staat und Kommunen eine Gewährleistungs- und/oder Erbringungsverantwortung für die flächendeckende Versorgung mit bestimmten, von den politisch Verantwortlichen als lebenswichtig eingestuften Gütern und Dienstleistungen zu allgemein tragbaren

(d.h. sozial verträglichen) Preisen und in zumutbaren Entfernungen. Dabei werden zu den Aufgabenfeldern der öffentlichen Daseinsvorsorge technische Dienstleistungen wie die Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, Post, Abfall und Abwasserentsorgung ebenso gerechnet wie die Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen wie Kulturangeboten, Gesundheitsdiensten, Kinderbetreuung, Schulausbildung und Altenpflege oder Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Brandschutz.⁸

Unter dem Begriff „Masterplan Daseinsvorsorge“ ist gleichzeitig ein kooperativer Prozess und dessen Ergebnis zu verstehen. Maßgeblich gekennzeichnet ist der Masterplanprozess durch die Arbeit in thematischen Arbeitsgruppen für einzelne Infrastrukturbereiche, in denen Fachleute der Kreisverwaltungen und Gemeinden, Träger von Infrastrukturen, Vereine und Verbände fachübergreifend zusammenarbeiten. Ziel ist es, für die jeweiligen Infrastrukturbereiche wissenschaftlich fundierte Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten und entsprechende Handlungs- und Anpassungsstrategien zu entwickeln, zu diskutieren und zu bewerten. Die Arbeitsgruppen in den Modellregionen wurden dabei durch externe Fachleute mittels Analysen, visualisierten Szenarien und Modellrechnungen sowie bei der Prozessmoderation unterstützt.

BESONDERE KENNZEICHEN

Ein besonderes Kennzeichen des Masterplans Daseinsvorsorge und damit eine seiner Stärken liegt in diesem kooperativen Erarbeitungsprozess. In den Auswahl-, Analyse-, Planungs- und Umsetzungsprozess werden alle relevanten Akteure eingebunden. Die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger als Nutzer der Infrastruktureinrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge werden insbesondere im Rahmen der sogenannten „Qualitativen Bedarfsanalyse“ eingebunden.

Eine weitere Besonderheit des Masterplans Daseinsvorsorge ist der „erweiterte Blickwinkel“. Dies drückt sich in einem gegenüber den Fachplanungen weitaus längeren Analyse- und Planungszeitraum von z.B. 20 Jahren aus, der für die jeweiligen Prognosen zugrunde gelegt wurde. Zudem werden kleinräumige Bevölkerungsdaten für die Gemeinde- und Ortsteilebene verwendet. Damit kann deutlich gemacht werden, welche künftigen Bevölkerungsentwicklungen auf die einzelnen Teilräume bzw. Orte, in der Gesamtheit und in den einzelnen Altersklassen zukommen und welche Nachfrage künftig an den Standorten der Infrastruktur zu erwarten sein wird, also z.B. bei den Kindertagesstätten oder Schulen. Infrastrukturbereiche werden nicht nur aus dem Blickwinkel der jeweils zuständigen Fachplanung betrachtet, sondern auch Querbezüge berücksichtigt. So gibt es z.B. zwischen den sozialen Infrastruktureinrichtungen und dem ÖPNV ebenso Wechselwirkungen wie zwischen den Schulstandorten und Standorten von Angeboten der kulturellen Bildung (z.B. Musikschulen, Volkshochschulen). In den Arbeitsgruppen soll zudem kreatives Denken angeregt werden, indem für eine Zeitspanne Zuständigkeiten, vorhandene Normen und gesetzliche Rahmenbedingungen außen vor gelassen werden und auch unkonventionell erscheinende Anpassungsstrategien im Prozess diskutiert und durchgerechnet werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dadurch bedarfsgerechtere Lösungsideen entstehen, die Veränderungen der politischen Strategien und Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen anstoßen können.

VIELFÄLTIGE THEMEN DER DASEINSVORSORGE

In den Masterplanprozessen der vier Modellregionen wurde eine breite Palette an Themen bearbeitet wie Senioren und Pflege, Ärzteversorgung, Nahversorgung, Fami-

lienberatung und Betreuungsangebote, Menschen mit Behinderung, Schulentwicklung, Kinderbetreuung, kulturelle und außerschulische Bildung, Siedlungsflächen, Erreichbarkeit, Wohnen, Rettungswesen oder Brandschutz. Im Ergebnis wurden konkrete Handlungsempfehlungen an Adressaten auf den unterschiedlichen Ebenen (Bund, Land, Gemeinden) zur Anpassung von Infrastrukturangeboten, zu innovativen Lösungsmodellen oder Vorschläge zur Verbesserung der (rechtlichen) Rahmenbedingungen erarbeitet. So enthalten die Masterpläne beispielsweise konkrete Empfehlungen an die Gemeinden zu prioritär zu sichernden Hausarztstandorten, zur Weiterentwicklung der Kindertagesstätten, für wohnortnahe Pflegeangebote oder konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Rettungswachen und der freiwilligen Feuerwehren.

In den Modellregionen konnten ganz praktische handlungsleitende, teilweise so nicht erwartete Ergebnisse erzielt werden.

Im Kreis Nordfriesland wurde zum Beispiel deutlich, dass sich die Rettungseinsätze aufgrund der älter werdenden Bevölkerung in den nächsten 10 Jahren um mindestens 20%, beim Krankentransport um bis zu 30% erhöhen werden. Die Rettungswachen mit dem höchsten Einsatzzanstieg und dem entsprechenden zukünftigen Ausstattungs- und Personalbedarf konnten identifiziert werden und entsprechend bei den neuen Anbauten zweier Wachen eine Option der Wachenerweiterung für zukünftig benötigtes zusätzliches Personal sowie Einsatzfahrzeuge berücksichtigt werden. Zudem wurde bereits mit einer eigenen 3-jährigen Ausbildung von Rettungssanitätern auf die abzusehenden Engpässe bei qualifiziertem Personal reagiert.⁹

Als freiwillige Aufgaben der Landkreise stehen die Einrichtungen und Angebote der kulturellen Daseinsvorsorge wie Musik- und Volkshochschulen häufig in der politischen Diskussion, in der Regel lediglich unter finanziellen, selten unter qualitativen

Gesichtspunkten. In diese Diskussion wissenschaftlich fundierte Argumentationshilfen gegenüber der Politik einzuspeisen war Zielsetzung einer entsprechenden Arbeitsgruppe in der Modellregion Stettiner Haff. Die Modellrechnungen in der Arbeitsgruppe belegen, dass die Nachfrage nach Angeboten der Kreismusikschulen und Volkshochschulen aufgrund der Abnahme der Bevölkerung in Zukunft nicht automatisch zurückgehen wird. Die einfache Gleichung „weniger Bevölkerung gleich weniger Nachfrage“ geht nicht auf. Es besteht im Gegenteil bereits heute eine potenzielle nicht befriedigte Nachfrage in derzeit nicht versorgten Bereichen und Altersgruppen. In Zukunft kann bei gleich bleibenden Kapazitäten durch eine Anpassung der Standortstruktur bzw. eine Verbesserung der Erreichbarkeit insbesondere mit dem ÖPNV und der Anpassung der Angebote an veränderte Zielgruppen die derzeitige Nachfrage stabil gehalten und sogar gesteigert werden. Die Angebote der kulturellen Bildung müssten daher räumlich ausgebaut werden und weitere an neue bzw. derzeit nicht erreichte Zielgruppen angepasste Angebote entwickelt werden, um die vorhandene potenzielle Nachfrage „abzuholen“.¹⁰ Im Ergebnis zeigte sich also, dass es keine demografischen Gründe gibt, die Leistungen der kulturellen Bildung zurückzubauen.

Die Ergebnisse im Bereich „Schule und ÖPNV“ in der Modellregion Südharz-Kyffhäuser zeigten eindrücklich, dass das Szenario „nichts tun“ die schlechteste Alternative ist, denn dann sind die meisten Schulstandorte in ihrem Bestand gefährdet. Die Modellrechnungen zeigten jedoch, dass die Anpassungsmöglichkeit durch einen schulformenübergreifenden Unterricht bis zur 8. Klasse eine der Optionen ist, die im Sinne der Erreichbarkeit und dezentraler Schulstandorte den größten Effekt haben könnte. Mit einer solchen Option könnten alle Regelschulen, die bis zum Jahr 2025 nach der Prognose gefährdet sind, erhalten

werden. Somit kommt dem „Gemeinsamen Lernen bis Klasse 8“ neben den, in der bildungspolitischen Landschaft kontrovers diskutierten, pädagogischen Aspekten ein räumlich-organisatorischer Aspekt hinzu.

Im Werra-Meißner-Kreis wird aufgrund der Modellrechnungen davon ausgegangen, dass längerfristig ein hoher Wiederbesetzungsbedarf bei den Hausarztpraxen besteht, der jedoch voraussichtlich nicht überall und sofort wiederbesetzt werden kann. Zugleich wird der hausärztliche Versorgungsbedarf der Bevölkerung nicht in gleichem Maße zurückgehen, wie es der Bevölkerungsrückgang vermuten lassen würde. Die Erreichbarkeit der Hausarztstandorte für Personen ohne eigenen PKW ist bereits heute in Teilen des Kreises problematisch und wird sich voraussichtlich noch verschlechtern. Als Ergebnis der Arbeitsgruppe wurden Standorte mit einer besonderen strategischen Bedeutung für die wohnortnahe Versorgung ermittelt und priorisiert. Diese sollen künftig bei der Entwicklung von Handlungsstrategien berücksichtigt werden.¹¹

Die Erfahrungen aus den Masterplanprozessen überzeugten. Sie flossen zum einen in den Leitfaden zur Erarbeitung einer „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ ein und andererseits in das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“.

MENSCHEN UND PROJEKTE

Ebenso wichtig wie der Masterplanprozess waren die konkreten Projekte, die in den Modellregionen umgesetzt wurden. Durch das Modellvorhaben wurde es möglich, vor Ort neue Projektideen zu entwickeln und modellhafte Projekte zur Abfederung des demografischen Wandels zu realisieren. Insbesondere mit regionalen Wettbewerben wurden Impulse in der Region gesetzt und Bürgerengagement mobilisiert. Mit den konkreten Lösungen konnte die Akzeptanz des Vorhabens in den Regionen gefördert werden. Nachfolgend sollen eini-

ge gute Beispiele aus den Modellregionen vorgestellt werden, die aufzeigen, welcher Reichtum an Ideen in den ländlichen Regionen besteht.

TANTE EMMAS ENKEL

Ein Leitthema in der Modellregion Werra-Meißner-Kreis war die Nahversorgung. Wohnortnahe Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten sind ein wichtiges Element der Lebensqualität in ländlichen Regionen. Dabei geht es nicht nur um die Versorgung mit Lebensmitteln, die wäre auch ohne neue Läden bspw. durch mobile Nahversorger gesichert. Für die Lebensqualität vor Ort ist neben der Versorgungsfunktion vor allem der Kommunikationsaspekt von Bedeutung. Als zumutbare Entfernung zur nächsten Nahversorgungseinrichtung wurde ein fußläufiger Weg von 15 Minuten bzw. eine Entfernung von 1 km festgelegt.¹² Die „neuen“ Nahversorger sichern also auf der einen Seite die wohnortnahe Zugänglichkeit zu Gütern des täglichen Bedarfs und weiteren Dienstleistungen und dies dauerhaft und verlässlich und nicht nur zu bestimmten Zeitpunkten in der Woche. Auf der anderen Seite geht es um Lebensquali-

tät, darum, Gelegenheiten und Anlässe zu schaffen sich zu begegnen und sich auszutauschen. Dadurch, dass sie die zufällige Begegnung ermöglichen, füllen sie die „Lücke in ländlichen Räumen zwischen organisierter Begegnung (wie z.B. in Vereinen) und Vereinsamung“.¹³

Herausragende Beispiele sind dabei das Integrierte dörfliche Versorgungszentrum Datterode mit „Marktwert-Laden“ und Bürger- und Gesundheitstreffpunkt sowie das „Lädchen für alles“ Gertenbach, die im Herbst 2010 eröffnet wurden. Neu und innovativ sind diese Nahversorger nicht nur wegen ihrer verschiedenen Funktionen, sondern auch wegen ihrer jeweiligen Akteurskonstellationen bei der Initiierung und beim Betrieb. Beide Läden werden durch die stellenwert.gmbH gemeinsam mit professionellen Lieferanten wie REWE oder tegut betrieben. Die stellenwert.gmbH ist eine 100%ige Tochter von Aufwind – Verein für seelische Gesundheit e.V., eines Vereins im Verbund der Diakonie, deren Grundlagen die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und die Erweiterung der Möglichkeiten für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf Tarifarbeitsplätzen ist. Durch die Eröffnung der Lebensmittel-



Zukunftswerkstatt, Lokales Bündnis für Familie, Landkreis Uecker-Randow

märkte in Datterode und Gertenbach „ist es gelungen, schwerbehinderte Menschen in Zusammenarbeit mit Menschen ohne Handicap in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“¹⁴ Beide Läden schaffen daher einen besonderen Mehrwert: sie sichern die Grundversorgung in den Gemeinden, schaffen integrative Arbeitsplätze und stärken als zentraler Treffpunkt die dörfliche Gemeinschaft.

Als besonders wichtig bei der Umsetzung dieser Konzepte hat sich die Kommunikation mit örtlichen Vereinen, der Politik, den Kirchengemeinden und weiteren Akteuren vor Ort und eine Offenheit für deren Ideen, Vorschläge und Kritik, herausgestellt. Dies sichert die Unterstützung des Ladens durch die Bevölkerung. Durch das Modellvorhaben wurde in beiden Orten in erster Linie eine Anschubfinanzierung gegeben für eine Machbarkeitsstudie, teilweise für den Umbau des Gebäudes, für eine Haushaltsbefragung oder die Konzeptentwicklung. Weitere Investitionen wurden aus dem LEADER-Programm gefördert. Der künftige Betrieb an beiden Standorten kommt ohne Fördermittel aus.

ERGÄNZENDES MOBILITÄTSKONZEPT

Als weitere Besonderheit wurde in Datterode das Projekt „bürgermobil“ vom Verein Aufwind gemeinsam mit den Gemeinden Ringgau und Weißenborn, der Diakoniestation, der Nachbarschaftshilfe, den Kirchengemeinden und dem Nahverkehr Werra-Meißner erarbeitet und umgesetzt. Mit dem Ärzte- und Einkaufsbus Ringgau-Weißenborn werden regelmäßig kostenlose Fahrten für immobile Bürgerinnen und Bürger durch Ehrenamtliche angeboten. Mit dem Bus sind neben dem Integrierten Versorgungszentrum Datterode weitere für die Grundversorgung notwendige Einrichtungen erreichbar: z.B. Ärzte, Therapeuten, Apotheke, Einkaufsmärkte, Gemeindeverwaltungen.¹⁵

ZEIT STATT GELD – DIE ZEITBANK VORPOMMERN

Ein besonderes Modell der Nachbarschaftshilfe bzw. eines Tauschringes soll mit der Zeitbank Vorpommern in der Modellregion Stettiner Haff aufgebaut werden. Hierfür haben sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zunächst vornehmlich aus der Stadt Eggesin in einem Verein zusammengeschlossen. Damit wird erstmals in einer ländlichen Region in Deutschland der Versuch unternommen, eine Zeitbank zu etablieren. Dieses Instrument ist in anderen Ländern wie USA, England, Italien oder Japan vielfach etabliert, durch gesetzliche und steuerrechtliche Grundlagen abgesichert und durch Dachorganisationen oder die Zusammenarbeit mit Innenministerien institutionalisiert. In Deutschland scheitern Tauschringe häufig an haftungs- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen bzw. agieren nur in kleinen geschlossenen Kreisläufen.¹⁶

Eine Zeitbank ist in kurzen Worten ein geschlossener Kreislauf, in dem der Tauschfaktor „Geld“ gegen „Zeit“ ersetzt wird. Zeitbanken eröffnen damit die Möglichkeit, eigene Leistungen, die man anbieten kann, gegen fremde Leistungen, die man in Anspruch nehmen möchte, bargeldlos zu tauschen. Praktisch kann das so aussehen, dass eine Stunde Holz Hacken oder Haushaltshilfe gegen eine Stunde Bügeln oder Baby Sitting getauscht werden. Die Angebotspalette einer Zeitbank ist so breit gefächert, wie die Mitglieder bereit sind, ihre Fähigkeiten einzubringen bzw. angebotene Leistungen auch nachzufragen. Einer Zeitbank liegt das Prinzip der traditionellen Nachbarschaftshilfe zugrunde, erweitert diese aber. Zeitbanken bringen Menschen jeden Alters und verschiedenster Fähigkeiten unabhängig von Herkunft, Religion oder erlerntem Beruf zueinander. So kann jedes Mitglied in einen regen Austausch treten, man kann seine eingebrachte Zeit aber auch als „Zeitrente“ ansparen für Lebensphasen, in denen man mehr Unterstützung

braucht als man anderen geben kann. Vorteile solcher Tauschsysteme gerade auch für ländliche Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit oder einem hohen Anteil an Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, liegen in der Stärkung der Nachbarschaften und der sozialen Integration und Teilhabe. Den Menschen wird die Möglichkeit gegeben, sich aktiv einzubringen, und das Gefühl vermittelt, gebraucht zu werden. Zudem lohnt sich ihr Engagement, weil sie ein (Zeit-)Guthaben aufbauen können. In weiterentwickelten Zeitbanken wie in Japan ist es sogar möglich, sein erarbeitetes Zeit-Guthaben zu „überweisen“ z.B. an entfernt wohnende Angehörige, die dieses dann bspw. für ihre benötigte Pflege nutzen können. Dieses Beispiel zeigt die Potenziale auf, die in diesem Ansatz gerade vor dem Hintergrund von demografischem Wandel und Abwanderung stecken. Natürlich ist der Ansatz in Eggesin bei weitem noch nicht soweit entwickelt und steht ganz am Anfang mit unsicheren Erfolgsaussichten. Aber allein die Tatsache, dass sich dort ein solcher Verein gegründet hat, zeigt eindrucksvoll, dass auch in sehr ländlichen und peripheren Regionen innovative Potenziale schlummern, die aktiviert und unterstützt werden sollten, da hier Lösungen entwickelt und erprobt werden, die Vorbild für viele andere Regionen sein könnten.

RESPEKT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

In allen Modellregionen spielt der Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen eine besondere Rolle. Damit soll deren Identifikation mit ihrem Lebensumfeld gestärkt und somit vielleicht die Abwanderung gemildert bzw. die Chancen auf Rückkehr nach der Ausbildung erhöht werden. Die Aktivitäten setzen insbesondere an der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes an. In der Modellregion Stettiner Haff wurde den Kin-

dern und Jugendlichen mit dem Projekt „Respekt für Kinder und Jugendliche“ eine stärkere Stimme gegeben. Ihre Sorgen, Ansichten und Wünsche werden ernst genommen und konnten auf einer bereits zweimal durchgeführten Kinder- und Jugendkonferenz, die mit der Methode Open Space durchgeführt wurde, durch sie selbst vorgebracht und mit Kommunal- und Landespolitikern, darunter dem Ministerpräsidenten sowie Pädagogen diskutiert werden. Die auf der Kinder- und Jugendkonferenz vereinbarten Maßnahmen und Projekte wurden aufgegriffen und mithilfe von Paten und weiterer Unterstützungen, auch finanzieller Art, konkret angegangen. Maßnahmen sind bspw. die partizipative Gestaltung eines Spielplatzes oder die Ausdehnung des Schülerradios Ü.

Gleich einen ganzen Wettbewerb unter dem Thema Kinder- und Jugendbeteiligung führte der Kreis Nordfriesland durch. Voraussetzung für die Teilnahme war es, dass Kinder und Jugendliche erkennbar beteiligt wurden. Sechs Gemeinden wurden mit ihren Ideen prämiert und bei der Umsetzung unterstützt. So zeigt das Beispiel aus Dagebüll, wie man eine zunächst negative Folge des demografischen Wandels in einen positiven Effekt verwandeln kann. Wegen zu geringer Schülerzahlen musste dort die letzte Schule geschlossen werden. Die Dagebülller bauten diese kurzerhand in ein Gemeinschaftszentrum um, von dem heute alle, Jung und Alt, Vereine und Initiativen profitieren. Mit dem Preisgeld aus dem Wettbewerb „Kinder- und Jugendbeteiligung“ wurde ein Gebäudeteil zu einem Jugendraum nach deren eigenen Vorstellungen ausgebaut.

ENGAGEMENT VOR ORT FÖRDERN – EIN SCHLÜSSEL DES ERFOLGS

Gute Ideen brauchen für die erfolgreiche Umsetzung einen Anstoß, Akzeptanz und Wertschätzung bei den Menschen sowie ein wenig Geld.

Der Kreis Nordfriesland hatte bereits frühzeitig zwei Wettbewerbe ausgelobt: Neben dem oben angesprochenen zu „Kinder- und Jugendbeteiligung“ war das der Wettbewerb „Demografiegerechte Kommune“. Hier standen kreative Ideen und das Engagement in den Orten und Vereinen im Mittelpunkt. Unter den prämierten Projekten waren z.B. die sogenannten Osterdörfer Arlewatt, Olderup und Horstedt mit der Umgestaltung des gemeinsamen Drei-Dörfer-Gemeinschaftszentrum und der Freiflächen nach den Wünschen und unter aktiver ehrenamtlicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Stadt Niebüll und die Stadt Bredstedt gestalteten beispielsweise Mehrgenerationen-Plätze.

Mit dem Ideenwettbewerb „Nahdabei – Demografischen Wandel gestalten“, den der Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. gemeinsam mit dem Kreis ausgelobt hatte, sollten Projekte unterstützt werden, die einen wesentlichen Beitrag zu Dienstleistungs- und Nahversorgungsstrukturen im ländlichen Raum liefern und Begegnungsräume für alle Generationen entstehen lassen. Am Ende hatten sich 14 Vereine, private Initiativen, Gemeinden und Ortsteile um die insgesamt 171.000 € beworben, von denen sechs ausgezeichnet wurden, z.B.

- » bauten in Jestädt Dorfbevölkerung und einheimische Unternehmen einen Kinderspielplatz zu einem Mehrgenerationenplatz mit verschiedenen seniorenge-rechten Outdoor-Trainingsgeräten, Spielgeräten für Kleinkinder und einen Pavillon mit Sommerküche um. Über 1500 Ehrenamtsstunden von Bürgerinnen und Bürgern wurden geleistet, die Versorgung erfolgte durch Dorfbewohnerinnen, Firmen haben Material gespendet und Maschinen zur Verfügung gestellt. Das ganze Dorf hat angepackt. Ein neuer Begegnungsort im Dorf ist entstanden.
- » wurde das Kino in Witzenhausen zum 3-G-Kino weiterentwickelt, dem Kino der Generationen, einer multifunktionalen

Kultur- und Kommunikationsstätte für alle Generationen und mit einer generationenübergreifenden Arbeitsgruppe, die „Regioschauen“ als Vorprogramm selbst erarbeitet.

FAZIT

Mit den in den Wettbewerben ausgewählten Projekten ist es gelungen, mit dem Modellvorhaben stärker „in die Fläche“ zu gehen und auch in kleineren Gemeinden Projekte zu unterstützen, in denen konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden, die der Bevölkerung vor Ort konkret zugute kommen. Mit der durch die Wettbewerbe vorgegebenen umfassenden Bürgerbeteiligungen konnten die Planungen offensichtlich bürgernäher gestaltet werden und teilweise der Kommunikationsprozess in den Dörfern über die Entwicklung des Ortes bzw. die Übernahme von Verantwortung durch die Bürgerinnen und Bürger befördert werden. Gewiss kann mit diesen kleinen Projekten der demografische Wandel nicht grundlegend gestaltet oder gar aufgehalten werden. Aber man kann es damit schaffen, die Bürgerinnen und Bürger stärker zu sensibilisieren, zu motivieren, in ihrem Umfeld aktiv zu werden, Ideen zu entwickeln und mit Partnern umzusetzen, das Wir-Gefühl oder die Identifikation mit dem eigenen Dorf zu stärken. „Bürgerschaftliches Engagement ist kein Allheilmittel, es kann keine Arbeitsplätze herbeizaubern, aber es schafft Lebensqualität“¹⁷ für die, die bleiben wollen, und die, die kommen könnten.

Die Erfahrungen aus den hier vorgestellten Modellregionen zeigen, dass es in ländlich geprägten Regionen durchaus möglich ist, Zukunft zu schaffen. Notwendig ist dafür an der einen oder anderen Stelle eine Anschubfinanzierung von außen und vor allem die kooperative Zusammenarbeit vieler regionaler Akteure und Institutionen sowie die proaktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger aller Generationen. In den beteiligten Modellregionen ist

ein Stimmungswandel eingetreten. Die Regionen fühlen sich nicht mehr nur als „Verliererregionen“, sondern gewinnen neues Selbstvertrauen und sind selber Vorreiter und Vorbild für andere. Breite Netzwerke in den Städten und Dörfern sowie überörtlich auf Ebene der Landkreise bzw. Regionen sind entstanden bzw. wurden vertieft, in denen weiter an der Zukunftsfähigkeit der Regionen gearbeitet wird. Alle Regionen haben die Impulse, die durch das Modellvorhaben und die damit verbundene Förderung genutzt und führen teils mit eigenen Mitteln die Aktivitäten fort. Aus „Region schafft Zukunft“ wird „Region hat Zukunft“.¹⁸ <<

» ANMERKUNGEN

- 1 Demos – Demografie- Entwicklung- Migration Online-Service des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, 2. Ausgabe Oktober 2003, http://www.berlin-institut.org/newsletter/newsletter_oktober_2003.html#k3
- 2 Berlin-Institut (2007): Not am Mann. Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin.
- 3 Spiegel Special 8/2006: „Jung im Kopf. Die Chancen einer alternden Gesellschaft“.
- 4 Ministerkonferenz für Raumordnung (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung in Deutschland. Beschluss vom 30. Juni 2006, Berlin.
- 5 Gatzweiler Hans-Peter (2009): Region schafft Zukunft. Wege zur Entwicklung ländlicher Räume – Impulse durch Modellvorhaben, S. 4; in: BMVBS (Hrsg.) (2009): Region schafft Zukunft. Demografischen Wandel aktiv gestalten. Berlin, S. 4-9.
- 6 Einen Überblick über das Modellvorhaben und ausgewählte Projekt aus allen vier Modellregionen bietet die Internetseite www.region-schafft-zukunft.de.
- 7 Das Instrument Masterplan Daseinsvorsorge wird seit 2011 unter der Bezeichnung „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge durch BMVBS und BBSR in weiteren Modellvorhaben bundesweit verbreitet (www.regionale-daseinsvorsorge.de).
- 8 Einig, Klaus (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1 / 2.2008. S 17-40.
- 9 Vgl. Kreis Nordfriesland (2011): Kreis Nordfriesland – Gemeinsam den Wandel gestalten. Masterplan Daseinsvorsorge. Husum.
- 10 Vgl. BMVBS (Hrsg.) (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge – Denkanstöße für die Praxis. Berlin. Download möglich unter: www.regionale-daseinsvorsorge.de und Modellregion Stettiner Haff (2011): Masterplan Daseinsvorsorge Stettiner Haff. Pasewalk. Download möglich unter: www.lkuer.de/media/custom/399_3656_1.PDF.
- 11 Vgl. Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. (Hrsg.) (2011a): Region schafft / hat Zukunft. Ergebnisse aus dem Masterplan. Eschwege.
- 12 Ebd.
- 13 Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. (2011b): Tante Emmas Enkel. Nahversorgung und Begegnung im Werra-Meißner-Kreis – Eine Erfolgsgeschichte, S. 11.
- 14 Ebd., S.35.
- 15 Vgl. Flyer zum Projekt bürgermobil, Download unter: www.nwm-esw.de/Flyer%20Buergermobil_final.pdf.
- 16 Vgl. Hiller, Heidrun: Die Zeitbank- mehr als Nachbarschaftshilfe. In: BMVBS (Hrsg.) 2009: Region schafft Zukunft. Demografischen Wandel aktiv gestalten. Berlin. Siehe auch www.zeitbank-vorpommern.de.
- 17 Claudia Neu in Spiegel Special 8/2006 „Jung im Kopf. Die Chancen einer alternden Gesellschaft, S. 111.
- 18 Der Werra-Meißner-Kreis führt nach Ablauf des Modellvorhabens mit eigenen Mitteln die Aktivitäten fort und gab sich das Motto „Region hat Zukunft“. Das Ministerium hat die guten Erfahrungen aus dem Modell aufgegriffen und den Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ aufgelegt. Dessen 2. Phase der Ausschreibung läuft bis Februar 2012. www.menschenunderfolge.de

Investitionen in den Hunger

Globaler Ausverkauf von Ackerland im Namen von Entwicklung

Laut aktuellen Untersuchungen wurden in den letzten Jahren weltweit etwa 80 Millionen Hektar Ackerland vor allem an private und ausländische Investoren transferiert. Das entspricht fast der Hälfte der Agrarfläche der gesamten Europäischen Union. Aber nur wenig dieses Ackerlandes liegt in Europa. Im Fokus der Investoren sind vor allem Afrika, Südamerika und Südostasien. Entgegen der Behauptung von Regierungen und Investoren sind die dortigen Ländereien sind bei weitem nicht ungenutzt. Sie bilden die Grundlage der dortigen Ernährungssicherung.

Traurige Spitzenreiter sind Länder, in denen Hunger und Armut weit verbreitet sind, wie etwa Kambodscha, Laos, Madagaskar, Äthiopien oder Mosambik. Indem dort den Menschen im wahrsten Sinne des Wortes der Boden unter den Füßen weggezogen wird, werden Hunger und Armut weiter verschärft.

Angesichts der unglaublichen Größenordnung und Geschwindigkeit dieser Entwicklung betitelte der Generalsekretär der Welternährungsorganisation FAO, Jacques Diouf, dies als eine neue Form des Kolonialismus – Neo-Kolonialismus. Zwei Bei-

spiele aus Äthiopien und Kambodscha sollen diese Entwicklung veranschaulichen.

ÄTHIOPIEN: HUNGERLAND SOLL EUROPAS BIOSPRIT PRODUZIEREN

Äthiopien ist aktuell in den Schlagzeilen, weil die Hungersnot in Ostafrika auch hier grausam durchschlägt. Dabei sagt selbst die Bundesregierung¹, dass die dortige Hungersnot auch menschengemacht ist. In der Tat wird Äthiopien geradezu überrannt von Investoren, die Land suchen. Die negativen Effekte für die arme ländliche Bevölkerung veranschaulicht ein Beispiel aus Ost-Harerge.² Ein 2006 von Israelis gestartetes Projekt umfasst etwa 140.000 Hektar Land zum Anbau von Rizinus für Biodiesel und Kosmetikprodukte. Finanziert wird es von europäischen Investoren. 8.000 Hektar Land befinden sich in Ost-Harerge. Dieses Land war als ungenutztes Land klassifiziert und von den Investoren per Satellitenbild ausgewählt. Als die Investoren ankamen, fanden sie – welch Wunder – viele Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vor, die dort Nahrungsmittel anbauten. Der Großteil des nicht kultivierten Landes wurde von Nomaden als Weideland genutzt. Um dieses Pro-

blem im Sinne der Investoren zu lösen, wies die Regierung sie an, mit den Kleinbäuerinnen zu verhandeln. Es wurde vereinbart, dass die Bäuerinnen auf der Hälfte ihrer Ackerfläche nicht mehr Nahrungsmittel, sondern Rizinus anbauen sollten. Für die ersten drei Jahre wurde für die Ernte ein fixer Abnahmepreis (50 birr pro Zentner) festgelegt. Das restliche Land wurde gerodet und von den Investoren direkt bewirtschaftet. Die Nomaden wurden mit Zustimmung der Regierung vertrieben – sie sollten sich „anderswo“ Weideland suchen.

Probleme stellten sich umgehend ein: Die von den Investoren prognostizierten Erträge waren extrem überhöht: Anstatt der versprochenen 70 Zentner pro Hektar wurden nur 3–4 Zentner geerntet. Zudem stiegen die Preise für Nahrungsmittel stark an. Die vereinbarten Zahlungen für den Rizinus reichten bei weitem nicht aus, um genügend Nahrung zuzukaufen, um den Ver-

lust der eigenen Nahrungsmittelproduktion durch den Wechsel zum Rizinusanbau zu kompensieren – von einer positiven Entwicklung ganz zu schweigen. Die Projektmanager flohen nach dem Desaster aus dem Land und hinterließen eine Schuldenberg, Arbeiter, die keinen Lohn bekamen, gerodete Flächen und Bäuerinnen, die nun nur noch halb so viel Nahrung hatten wie zuvor, da sie gezwungen waren, ihre Selbstversorgung aufzugeben. Wie in vielen anderen Fällen auch trug

vor allem die lokale Bevölkerung das wirtschaftliche Risiko. Das Gegenteil der versprochenen ‚Entwicklung‘ und Armutsbekämpfung war nun Realität.

KAMBODSCHA: „HEUTE HABEN WIR ANGST VOR ‚ENTWICKLUNG‘“

Ein weiteres typisches Beispiel für diese großflächigen Landnahmen findet



Kambodscha: Die Bulldozer waren da.

sich in Kambodscha³ Ein Blick auf die dort vergebenen Land-Konzessionen veranschaulicht, dass nach den Plänen von Investoren und Regierung der lokalen Bevölkerung nur noch schmale ‚Überlebenskorridore‘ zugestanden werden. Auch hier wird von Investoren und Regierung versichert, dass keine Menschen vertrieben werden – im Gegenteil alles zum Wohle der lokalen Bevölkerung geschieht. Der folgende Fall widerlegt dies eindrücklich.

Die größte Landkonzession in Kambodscha wurde an die Firma Pheapimex vergeben. Über 300.000 Hektar Land in den Provinzen Pursat und Kampong Chhnang hat die Firma eines kambodschanischen Senators von der Regierung zugeteilt bekommen. Zusammen mit einem chinesischen Investor entsteht dort eine Akazienplantage. Lokale Organisationen schätzen, dass zwischen 10.000 und 250.000 Menschen negativ von der Konzession betroffen sind: Sie werden vertrieben oder verlieren den Zugang zu ihrem Ackerland, Wald oder Wasser.

Die Gemeinde Pich Chong Var ist eine von vielen Betroffenen dieses Mega- ‚Entwicklungsprojekts‘. Ein Dorfsprecher berichtet: „Die Grenze der Konzession geht mitten durch unseren Tempel“. Aktuell wird auch um den Grenzverlauf der Konzession gestritten – allerdings nur zwischen der Provinzregierung und der Firma. Die Gemeinde wird außen vor gelassen. Parallel schaffen auch hier die Bulldozer Fakten.

Für die Gemeinden hier ist der Verlust des Zugangs zum Wald besonders schwerwiegend. Die sandigen Böden der Gegend lassen nur wenig Reisanbau zu. Der Lebensunterhalt wird vor allem durch den Wald gesichert. Neben der direkten Ernährungssicherung werden die auch meisten Einnahmen durch den Verkauf der Waldfrüchte und gesammelten Medizin erzielt. Eine Frau aus der Gemeinde fragt: „Sollen wir die Akazienblätter essen?“. Die Investoren haben andere Vorschläge. Sie versprechen 5.000 neue Jobs. Aber Freiwillige finden sich hier aus einem einfachen Grund

nicht: die Plantagenarbeit ist extrem hart, die meisten Arbeiter werden nur zur Ernte benötigt und die Bezahlung liegt weit unter den aktuellen Einkünften.

RHETORIK DER INVESTOREN: NICHTS ALS HEISSE LUFT

Gerne wird von den Chancen dieser Landinvestitionen gesprochen. Investoren, aber auch die Regierungen heben positive Potentiale hervor. In der Realität verliert sich diese jedoch. Eine internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema ‚Land Grabbing‘⁴ kam kürzlich zu dem Schluss, dass bei den dort präsentierten 100 Fallstudien kein einziges Beispiel die versprochenen Potentiale umgesetzt hatte. Dort kam deutlich heraus, dass die versprochene Stärkung der Ernährungssicherung einzig als Legitimierungsrhetorik dient und vor Ort jeder Grundlage entbehrt. Ein weiterer Mythos wurde ebenfalls widerlegt: Es sind nicht nur die Chinesen und arabischen Investoren, die nach gutem Land gieren. Wenigstens 150 landdeals wurden durch westeuropäische Firmen getätigt, so das Ergebnis der Konferenz. Zudem stammt ein Großteil der Gelder, die über Investmentfonds solche Projekte im Hintergrund finanzieren, aus Europa.

STRUKTURELLE AUSWIRKUNGEN DES LANDRAUBS IN DEN BLICK NEHMEN

Aus der Perspektive der Menschenrechte, insbesondere des Menschenrechts auf Nahrung, muss man zwischen direkten und strukturellen Folgen von land grabbing unterscheiden. Erstere sind unmittelbare und sehr konkrete Verletzungen des Rechts auf Nahrung, namentlich gewaltsame Verreibungen lokaler Gruppen oder der Verlust des Zugangs zu Land und anderer natürlichen Ressourcen, welche die Existenzgrundlage bilden. Man muss sich vor Augen

WERNER-CHRISTIAN JUNG

REICH IST, WER ZEIT HAT!?

Die Anzeige verheißt mir: Reich ist, wer Zeit hat!

Sie umwirbt mich mit dem Foto eines meditierenden Menschen im Lotussitz.

Und sie verspricht mir schließlich: Vier Stunden Zeitersparnis auf der Flugstrecke Frankfurt – Tokio.

Aber stimmt die Verheißung?

Wie hören die Erwerbslosen meiner Gemeinde „Reich ist, wer Zeit hat“?

Sind sie am Wohlhabendsten – mit Muße und Meditationszeit in Fülle?

Und die Landgeistlichen? Ihre Pfarrstellen werden immer knapper bemessen. Und so werden auch sie zu Armen, Zeitarmen. Sie fragen sich:

Wie lange darf der Geburtstagsbesuch sein, ohne dem anschließenden Krankenbesuch schon zeitlich die Chance der Begegnungstiefe zu nehmen?

Wie viel Zeit darf die Vorbereitung der Traueransprache binden (vor immer wieder derselben Gemeinde, weil viele aus den Dörfern regelmäßig kommen)?

Mutter Kirche wird zur Rivalin für die Liebsten, wenn die Bemessungen nicht stimmen. Oder sie lässt den Begegnungshunger der Gemeindeglieder ungestillt.

Das Dorf stand einst für das Leben in Rhythmen, für Zeit als Lebens-Wert, Tagesrhythmen, die Vieh, Pflanzen oder das Geläut vorgaben, Jahresrhythmen in der engen Verflechtung von Hof-, Garten- und Kirchenjahr. Die Pfarrersleute, ehemals oft die klugen Lehrer für das Leben auf dem Land, leiden heute wie viele andere: Das Leben ist hektischer, unrythmischer geworden.

Die Ökonomie drängt von außen, taktet Zeitvorgaben immer kürzer, reduziert die Einzelnen auf ihre Verwertbarkeit. Damit die Menschen rentabler werden, müssen ihre Seelen standardisiert werden.

Und die Versäumnisangst treibt uns von innen her an: das Leben als letzte Gelegenheit. So geben wir uns die Sporen, und das Leben wird panisch.

Jeremia beklagt:

Alle gieren sie nach Geld und Gewinn ... Und die Geistlichkeiten? Sie beschönigen um des lieben Friedens willen diesen Schaden für mein Volk, indem sie beschwichtigen: Es ist alles in Ordnung! Es ist gut! Doch nichts ist gut, spricht Gott. (Jer 6, 13-14)

Denn wer zu wenig hat, bekommt zu viel:

Zu wenig Liebe – zu viel Frust; zu wenig Selbstvertrauen – zu viel Angst; zu wenig Entfaltungsraum – zu viel Begrenzung; zu wenig Teilhabe – zu viel Wut; zu wenig Einkommen – zu viele Stigmata.

Jesus sagt: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen.“

Wie viel Zeit-Reichtum brauchen wir, damit unser Leben diesem Christusglauben nicht im Wege steht – für uns und unsere Gemeinden? Zu einem unhektischen, in Gott „gelassenen“, endlichen Leben, zu einem Leben in Fülle gehören Arbeit, Ruhe und Feier. Ob das an uns erkennbar bleibt? <<

Ein Männlein steht im Lande
ganz still und stumm.
Es hat von schwarzem Leinen
ein Mäntlein um.

Sag, wer mag das Männlein sein,
das da steht im Dorf allein
in dem schwarzen Mäntelein?



... wird ein weißer Fleck bald sein!

halten, dass in vielen Ländern, wie Kenia oder Kambodscha 80 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft und damit vom Land leben.⁵

Angesichts dieser oft brutalen direkten Folgen geraten die strukturellen und langfristigen Folgen schnell in den Hintergrund. 43 der 53 afrikanischen Länder sind mittlerweile abhängig von umfassenden Nahrungsmittelimporten. Die meisten nicht-afrikanischen Zielländer der Investoren wie die Philippinen sind in der gleichen Situation. Nun werden die besten Ackerflächen dieser Länder explizit für den Export von Nahrungsmitteln oder Agrartreibstoffen⁶ okkupiert und so die Abhängigkeit vom Weltmarkt weiter verschärft. Dies geschieht vor dem Hintergrund konstant steigender

Eine extrem ungleiche Landverteilung ist eine Kernursache von Hunger und Unterernährung.

Nahrungsmittelpreise und immer stärkerer Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Schon 2008 mussten die ärmsten Länder tief in die Tasche greifen, als sich deren Kosten für Nahrungsmittelimporte verdreifachten⁷ und Nahrungsmittelpreisexplosionen zu Hungerrevolten in über 30 Ländern führten.

ZWINGEND NOTWENDIGE INVESTITIONEN IN DIE LANDWIRTSCHAFT

Bei einem sind sich alle einig: Investitionen in die Landwirtschaft sind der Schlüssel zur Hungerbekämpfung. Der Blick auf die Megaprojekte vor Ort zeigt jedoch, dass Investitionen sehr negative Fol-

gen haben können. Es ist in der Tat grundsätzlich problematisch, dass mit diesen Investitionen nicht in die Bauern vor Ort und die lokalen Kreisläufe investiert wird. Es wird in eine agrarindustrielle Landwirtschaft investiert, die bekannt ist für eine kulturelle, soziale und ökologische Verödung des ländlichen Raums: wenige Arbeitsplätze, riesige Monokulturen und hoher Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Länder wie Paraguay sollten ein mahnendes Beispiel für eine solche Entwicklung sein. Hier wurden im Zuge der Expansion der agrarindustriellen Landwirtschaft (vor allem Sojaanbau) ganze Landstriche entvölkert. Die wenigen verbliebenen Bäuerinnen und Bauern sprechen von der grünen Hölle. Die geschaffene Infrastruktur – ein weiteres Argument der Investoren – dient oft einzig dem Export der Agrarprodukte. Straßen zu den lokalen Märkten sind nicht im Investitionsinteresse.

In der aktuellen Debatte wird nur der transnationale Privatsektor als Investor präsentiert. Dies führt zu einer Schiefelage der Debatte und einem falschen Problemlösungsansatz. Die in den letzten Jahren radikal zusammengestrichenen Investitionen in die Landwirtschaft aus der öffentlichen Hand – auch die der Entwicklungszusammenarbeit – müssten als Allererstes wieder hochgefahren werden. Zudem sollten die Investitionen, die tagtäglich durch die Bauern und Bäuerinnen selbst getätigt werden, anerkannt, gefördert und besser geschützt werden.

LAND FÜR LANDLOSE

Heute leben drei Viertel der knapp 1 Milliarde hungernden Menschen auf dem Land. Es sind vor allem Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Landlose, Nomaden und Indigene. Sie wurden sukzessive aus den fruchtbarsten Gegenden verdrängt. Eines ihre größten Probleme ist, dass sie keinen Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land, Saatgut oder Wasser haben, über die

sie ihre Ernährung sichern könnten. Eine extrem ungleiche Landverteilung ist eine Kernursache von Hunger und Unterernährung. Land Grabbing führt zu einer weiteren beschleunigten Landkonzentration in den Händen weniger Konzerne und verschärft diese strukturelle Ursache des weltweiten Hungers. Neue Zahlen unterstreichen die Dramatik dieses Prozesses der Landkonzentration. In den letzten Jahren wurden etwa 1.200 dieser deals dokumentiert. Die durchschnittliche Ackerfläche aller deals beträgt 65.000 Hektar.

AN DIE ZUKUNFT DENKEN!

Viele der Ackerflächen, die aktuell vergeben werden, sind Staats- oder Gemeinde-land. Die wachsende Bevölkerung in Afrika und anderswo benötigt dieses Land. Die Vergabe von riesigen Flächen an Investoren verhindert daher auch, dass Staaten ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen können und Land für diese wachsende ländliche Bevölkerung bereit stellen. Letztendlich ist Land Grabbing inhärent verbunden mit einer großflächigen und industriellen Landwirtschaft und Exportproduktion (Ausnahmen bestätigen die Regel). Das impliziert eine umfassende Transformation des ländlichen Raums, die die bäuerliche Landwirtschaft weiter an den Rand drängt.

ENTWICKLUNG, DIE ARMUT SCHAFFT

Besonders auffällig während der letzten zwei Jahre unserer Arbeit war, dass überall von einer neuen Dimension von Armut und Hunger gesprochen wurde. Viele der besuchten Gemeinden hatten vor den Landkonflikten einen akzeptablen Lebensstandard. Sie konnten ihr Recht auf Nahrung durch den Zugang zu Ackerland, Fischgründen und Wald angemessen wahrnehmen. Die neue Welle von Landnahmen führte zu noch mehr Armut und Hunger. Ein Zitat eines Bauern aus Kambodscha

versinnbildlicht diesen Zusammenhang zwischen so genannter Entwicklung, Landnahme und Hunger: „Als die Straße kam, kamen die Bulldozer, um unseren Wald zu zerstören“. <<

» ANMERKUNGEN

- 1 Interview mit Günther Nooke, Afrikabeauftragter der Bundesregierung, in der Frankfurter Rundschau vom 28.7.2011.
- 2 Basierend auf einer Feldstudie, die im April 2011 in der Universität Sussex vorgestellt wurde: Tom Lavers (2011): The Role of Foreign Investment in Ethiopia's Smallholder-focused Agricultural Development Strategy.
- 3 Basierend auf eigenen Feldforschungen.
- 4 University of Sussex, Institute for Development Studies, April 2011 "Global Land Grabbing".
- 5 Siehe auch FIAN (2010) Land Grabbing in Kenya and Mozambique.
- 6 Etwa 30 Prozent der Landnahmen gehen auf die Agrartreibstoffproduktion zurück.
- 7 FAO (2010): Crop Prospects and Food Security; Nr. 3 .

» I M P R E S S U M

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen Dienst auf dem Land (EDL)

Redaktionskreis:

Clemens Dirscherl, Hohebuch; Willi Heidtmann, Bielefeld; Werner-Christian Jung, Altenkirchen; Anke Kreuzt, Altenkirchen (Schriftleitung und Geschäftsführung); Ute Rönnebeck, Düsseldorf; Beate Wolf, Menz

Verlag und Redaktion:

Evangelische Landjugendakademie
Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Ww.
Telefon 02681/9516-0, Telefax 02681/70206; E-Mail: kilr@lja.de

Satz: www.bauwerk-design.de, c. liersch

Druck: Mühlsteyn-Druck, Weiselstein 2, 57580 Elben
Die Zeitschrift »Kirche im ländlichen Raum« erscheint vierteljährlich.

Jahresabonnement:

Inland: € 15,00 inkl. Mwst. und Porto; Ausland: € 18,00 inkl. Mwst. und Porto; für Auszubildende und Studenten (mit Beleg): € 10,00; Einzelheft: € 4,50 zzgl. Porto

Bestellungen an den Verlag. Probeexemplare können auf Wunsch zugeschickt werden. Kündigungen sind sechs Wochen vor Jahresende schriftlich mitzuteilen. Manuskripte, redaktionelle Mitteilungen, Rezensionsexemplare werden an die Redaktion erbeten. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

www.lja.de/KILR/

Nähe, die beschämt

Armut auf dem Land

Die Armut scheint in der Stadt zu leben. Wenn Medien über existenzielle finanzielle Not berichten, präsentieren sie in der Regel Bilder aus einer urbanen Umgebung: Soziale Brennpunkte, Hochhaussiedlungen, Spielplätze, auf denen arbeitslose Jugendliche „abhängen“, Menschen, die in Unterführungen und Kaufhauseingängen übernachten. Auf dem Land, wo noch jeder jeden kennt, scheint es solche offensichtliche Not nicht zu geben. Die gängige Vorstellung geht davon aus: Dort hilft man sich gegenseitig, auch ohne Geld. Dort scheint ein Überleben einfacher zu sein. Diese funktionierenden Dorfgemeinschaften gibt es, keine Frage. Doch nicht alle profitieren von ihr.

Wer einen genaueren Blick wagt und länger mit den Bewohnern spricht, nimmt die kleinen, aber entscheidenden Unterschiede wahr und erkennt das soziale Gefälle – auch auf dem Land. Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, fühlen sich in der Regel ausgeschlossen aus der Dorfgemeinschaft. Sie schämen sich ihrer Armut, werden ausgegrenzt und ziehen sich oft auch aktiv zurück. Das sind die Ergebnisse der Studie „Armut in ländlichen Räumen“, die das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche Deutschland (SI) in den Jahren 2009 und 2010 erstellt hat. Dafür haben die Mitarbeiterinnen des Instituts in fünf ländlichen Regionen Niedersachsens 30 Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zu Hause besucht: Frauen und Män-

ner im Alter zwischen 18 und 78 Jahren, mit kleinem Einkommen, niedriger Rente oder mit Hartz IV, mit Familie oder alleinstehend.

BESCHÄMENDE ERFAHRUNGEN

Zum Beispiel die 44 Jahre alte, alleinerziehende Mutter von drei Kindern. Sie und ihre Kinder haben die Ausgrenzung, die die ewige Finanznot mit sich bringt, immer wieder erfahren. Zum Beispiel als die Tochter zu Hause vergeblich auf eine Schulfreundin wartete, mit der sie sich zum Spielen verabredet hatte. Doch als sie sich am Telefon nach ihr erkundigte, hörte sie von ihrer Freundin: „Mein Papa möchte das nicht, euer Haus sieht so dreckig aus.“ Das Kind begann zu weinen, die Mutter war geschockt – und später dann sagte sie: „Wir können nichts dazu, dass das Haus nicht angemalt ist. Wir wohnen hier nur zur Miete!“

Bis zur Kreisstadt, wo die zuständigen Ämter und die notwendigen Fachärzte sitzen, ist diese alleinerziehende Mutter eine halbe Stunde mit ihrem Motorroller unterwegs. Auch zum Interview mit den Sozialwissenschaftlern kommt die Frau trotz strömenden Regens mit dem Roller. Denn der Bus fährt nur zweimal am Tag. Und er kostet Geld.

Mobilität ist in ländlichen Regionen für diejenigen, die wenig Geld haben, ein großes Problem. Denn das Netz aus Bussen und Bahnen hat weite Maschen. Dabei ist Mobilität der Schlüssel zur Teilhabe am sozialen Leben. Wer kein Auto hat, der kann

einen Arbeitsplatz im übernächsten Ort kaum erreichen oder seine Kinder zum Sport oder Musikunterricht fahren. Und auch die Fahrt zum Arzt wird im Zweifelsfall zum unüberwindbaren Problem.

Die Betroffenen sehen immer wieder mit Sorge, welche tiefgreifenden Auswirkungen ihr Leben mit wenig Geld für ihre Kinder hat. Die Familien leben von SGB-II-Leistungen, im Volksmund Hartz IV. Frauen wie die oben vorgestellte alleinerziehende Mutter bemühen sich um Arbeit und um Weiterqualifizierung. Diese Frau hat aber bisher nur einen Praktikumsplatz im Altenheim bekommen. Wie die meisten Eltern setzt sie sich sehr dafür ein, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung bekommen und an Klassenfahrten, Ferienprogrammen, Musikunterricht und Sportverein teilnehmen können. Bildung ist der wichtigste Faktor, um Kindern aus armen Familien aus der drohenden oder schon bestehenden Isolation zu holen – da sind sich die Fachleute einig.

Dass diese Teilhabe jedoch mit den bislang geltenden Regelsätzen nicht zu gewährleisten ist, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil bereits im Februar 2010 festgestellt hatte, haben auch andere Familien erfahren. Andrea zum Beispiel ist 39 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder im Alter zwischen 16 und 19. Die Kosten für eine Klassenfahrt ihres Sohnes ins Ausland wollte das Arbeitsamt nicht übernehmen, weil es schon die vorherige bezahlt hatte. Dass Andreas Sohn wegen Krankheit nicht mitfahren konnte, spielte jetzt keine Rolle. Der Antrag wurde abgelehnt. Die von der Schule für solche Situationen eingerichtete Kasse wollte der Junge aus Scham nicht nutzen. „Er meinte immer, er möchte es nicht, dass die anderen für ihn zahlen“, erinnert sich Andrea. „Da ist er hier geblieben, als einziger.“

MECHANISMEN DER AUSGRENZUNG

Im ländlichen Raum fällt es den Menschen offenbar viel schwerer, Hilfe in An-

spruch zu nehmen, als in der Stadt – nicht nur den Kindern. Der Gang zu einer so genannten Tafel, wo es gespendete Lebensmittel kostenlos gibt, wird zum peinlichen Erlebnis: „Ich hab mich jedes Mal umgesehen, ob da keiner ist, der mich sieht“, erinnert sich Sibylle. Sie ist 67 Jahre alt, alleinstehend und bezieht eine sehr kleine Rente. Wenn ihr Bekannte entgegenkamen, hat sie die Straßenseite gewechselt. Doch nach und nach wich die Scham, denn gegen die Stigmatisierung konnte sie sowieso nichts tun. „Die Leute bei uns in der Straße, die wissen es im Grunde genommen ja alle. Früher haben die mal gefragt, aber jetzt reden die gar nicht mehr mit mir! Für die bin ich eine Asoziale, weil ich zur Tafel gehe.“

Auch die Studie zur „Dunkelziffer der Armut“ der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2005 zeigt: In Städten wird ein Sozialhilfeanspruch eher realisiert als in kleinen Gemeinden. Der hohe Grad der sozialen Kontrolle im ländlichen Raum macht es denen, die arbeitslos werden und die in Not geraten, schwer. Sie wollen nicht, dass Bewohner des Ortes ihre Schwierigkeiten sehen – und sie damit ins Gerede kommen. Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, tun unendlich viel dafür, um ihren Mangel zu verbergen: gegenüber den Nachbarn, gegenüber der eigenen Familie, in der Schule, im Freundeskreis. Nichts wünschen sie sich mehr, als so zu sein, wie die „normalen“ Leute, die nicht von der staatlichen Grundsicherung leben müssen. „Wenn die erfahren, man bezieht Hartz IV, dann ist man bei denen schon unten durch“, weiß Ben, 29 Jahre alt, arbeitssuchend. „Als Hartz IV-Empfänger ist man ja nichts mehr. Nicht kreditwürdig, keiner will was mit einem zu tun haben.“ Dann kommt auch bei Ben das Gefühl auf: „Du bist ja nichts mehr wert.“

Das Erleben der Ausgrenzung führt bei den Betroffenen auch zum aktiven Rückzug aus dem sozialen Leben. Je länger

dieser Zustand andauert und sich verfestigt, desto höher wird die Schwelle, erneut auf Menschen zuzugehen und teilhaben zu wollen. Dieser Teufelskreis entwickelt sich langsam und schrittweise. Ihn aufzuweichen oder gar zu durchbrechen ist für beide Seiten offenbar schwierig.

Das Leben auf dem Land stützt dieses System der Ausgrenzung. Denn anders als in anonymen Großstädten kennt man sich untereinander, zumindest oberflächlich. Dies führt jedoch nicht zu mehr Verständnis, sondern eher zu schnellen (Vor)Urteilen und zum „Schubladendenken“. Im Dorf bleibt nichts verborgen, jedes Verhalten und jede Veränderung wird wahrgenommen. Die Nachbarn beobachten genau, reden, bewerten. So entsteht eine erhebliche soziale Kontrolle, die auch Alfred erfahren hat. „Hier ist das wirklich so, dass jeder von jedem weiß, was für eine Unterhose er trägt. Hier ist nichts mehr anonym.“ Das schränkt die Handlungsspielräume des Einzelnen zumindest subjektiv ein.

AUFGABEN FÜR KIRCHE UND DIAKONIE

Die Kirche könnte hier korrigierend wirken. Denn sie spielt in den sozialen Gefügen auf dem Land eine bedeutende Rolle. Mehr noch als in der Stadt gelten auf dem Lande kirchliche Mitarbeitende, insbesondere Pastorinnen und Pastoren, als anerkannte Instanz. Insbesondere in Krisen- und Übergangssituationen werden sie in der Regel als kompetente Ansprechpartner erlebt. Es gibt Angebote, von der Tafel bis zur Familienfreizeit – doch es fehlt vielerorts weiterhin an einem Einsatz für die Armen und am christlichen Miteinander. Die eingangs vorgestellte alleinerziehende Mutter hat versucht, in ihrer Kirchengemeinde Kontakt zu finden. Es ist ihr nicht gelungen: „Es gibt bei der Kirche nur Handarbeitskreise und so was“, sagt sie. „Da fühlst du dich nicht zugehörig. Du merkst, wer immer in der Kirche ist und Geld da lässt.“ Wie „eine Aussätzige“ habe sie sich in den kirchlichen Veranstaltungen gefühlt.

Sie war schnell verunsichert – und zog sich zurück.

Dabei ist das Interesse der Kirchengemeinden, sich mit dem Armutsthema zu beschäftigen, aufgrund der öffentlichen und auch der innerkirchlichen Diskussionen deutlich gestiegen. Im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 haben viele Gemeinden öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt. Zahlreiche Kirchenvorsteherinnen und Vorsteher fragen sich, was sie tun können, um der Armut in

Es gibt bei der Kirche nur Handarbeitskreise und so was. Da fühlst du dich nicht zugehörig. Du merkst, wer immer in der Kirche ist und Geld da lässt.

ihrer Gemeinde zu begegnen. Doch in ländlichen Gemeinden wissen die Kirchenvorstände – trotz aller sozialen Kontrolle – oft nicht, wer in Not ist oder in Armut lebt. Denn das Getratsche der Leute geht an ihnen vorbei. Manchmal klingelt zwar jemand an der Pfarrhaustür und bittet um Unterstützung. Oder Konfirmandeneltern lassen durchblicken, dass sie die Konfirmationsfeier, die Schuhe und Bekleidung und auch die Konfirmandenfreizeit nicht bezahlen können. Doch wer – wie viele Amtsträger der Kirche – aus einem gut abgesicherten, bürgerlichen Milieu stammt, kennt oft

niemanden, der arbeitslos ist oder Hartz IV bekommt. Und die Empfänger tun viel dafür, dass andere ihre Hilfebedürftigkeit nicht mitkriegen. Armut versteckt sich, besonders auf dem Land.

Nötig ist also eine Hilfe, die nicht beschämt und stigmatisiert. Und die es finanziell benachteiligten Menschen ermöglicht, diese Unterstützung anzunehmen, ohne den Schutz ihrer Privatsphäre aufzugeben. Wie so etwas funktionieren kann, lässt sich in Bienenbüttel sehen. Die kleine Ortschaft in der Lüneburger Heide ist mit Öffentlichem Personennahverkehr schlecht versorgt. Auf Initiative von Kirche und Diakonie hat sich ein soziales Netzwerk gebildet, das sich dem Problem der fehlenden Mobilitätsangebote angenommen hat und eine Lösung entwickelte: Seit Januar 2010 betreibt ein Verein einen Bürgerbus. Seni-

oren, Erwachsene, Jugendliche und Kinder können diesen Service kostenlos nutzen. Für alle, die kein eigenes Auto vor der Tür haben, bedeutet das ein konkretes Angebot für eine bessere Lebensqualität.

Einen anderen Ansatz verfolgt das Familienforum in Lüchow-Dannenberg, das eine mobile Beratung anbietet. Gesprächsabende zu aktuellen Themen und wohnortnahe Veranstaltungen organisiert das Elternforum unter anderem in Kindergärten, Schulen oder Gemeindehäusern der kleinen Orte. Familien in prekären Lebenssituationen werden damit erreicht. Zwei Beispiele, die Mut machen. Sie befreien die Betroffenen zwar nicht aus ihrer finanziellen Not. Aber sie können helfen, die bitteren Folgen der Armut auf dem Land wie Stigmatisierung und soziale Isolation zu mildern. <<

Fallbeispiel: Diakonie Altenkirchen

Herr M. bezieht seit Jahren ALG II. In der Schule war er nie besonders gut. Er fand eine Stelle als ungelernter Arbeiter im Baugeschäft. In jungen Jahren war er stolz, wie viel er schleppen konnte. Ab seinem 40. Lebensjahr fing es an: Er bekam Probleme mit dem Rücken, hatte dauernd Schmerzen, mehrere Bandscheibenvorfälle folgten. Jetzt ist er 49 Jahre alt, seine Arbeit hat er verloren. Er darf nicht mehr schwer tragen, ist körperlich kaum noch belastbar. Er findet keine Arbeit mehr. Sein finanzielles Budget sieht sehr eng aus. Seine Wohnung ist 20 Euro teurer, als sie nach den Richtlinien des Job-Centers sein dürfte. Er hat auch nach längerem Suchen keine Wohnung für 207 Euro gefunden. Somit gehen von den 359 Euro Regelsatz 20 Euro ab für Miete, den Rest der Miete zahlt das Job-Center. Den Kredit für die Kautions, die er bei Anmietung der Wohnung hinterlegen musste, zahlt er mit 20 Euro monatlich an das Job-Center zurück. Außerdem zahlt er mit monatlich 30 Euro den Kredit für eine Waschmaschine ab. Wenn er seinen Abschlag für Strom bezahlt hat, verbleiben ihm 254 Euro. Davon muss er alles zahlen: Essen, Kleidung, Hygieneartikel, Busfahrkarten usw. Wenn er nicht bei der Tafel einen Teil der Lebensmittel bekommen könnte, ging gar nichts mehr. Letzten Monat ist er nicht zum Arzt gegangen, obwohl er krank war. Er konnte die 10 Euro Praxisgebühr nicht zahlen. Jetzt hat er seine Nebenkostenrechnung für 2010 bekommen. Er soll 400 Euro nachzahlen. Als er zur Beratung kommt, erzählt er, dass er Nächte lang kaum geschlafen hat. Er weiß einfach nicht mehr weiter.

Edith Jüssen-Lehmann

DIE FRAGEN STELLTE BEATE WOLF,
ALLE PERSONENNAMEN UND ORTSNAMEN GEÄNDERT.

Armut im Osten?

Interview mit Brigitte M., 62,
Geflügelzüchterin, Nordbrandenburg

04 / 2011

36

KIRCHE im ländlichen Raum

Beate: Brigitte, wie groß ist eigentlich das Häuschen, das du mit deinem Mann bewohnst?

Brigitte: Wir haben 58 qm Wohnfläche. Mehr ginge gar nicht, denn wir heizen ja mit Holz und manchmal mit Kohlen. Und selbst dafür hat es nicht immer gereicht. Wir konnten jetzt zwei Winter den kleinen Anbau nicht mitheizen. Da ist er feucht geworden und ganz schwarz in den Ecken, sieh mal. Mein Mann ist krank, er hat schwere Depressionen. Manchmal liegt er tagelang nur auf dem Sofa, isst nichts, trinkt nichts. Renovieren ist gar nicht mehr drin. Ich weiß auch nicht, wie wir nächstes Jahr Holz machen sollen.

Beate: Brigitte, würdest du dich als arm bezeichnen?

Brigitte: (überlegt) Nee, jetzt eigentlich nicht. Wir haben jetzt zusammen 1115 €. Das ist ganz gut, damit kommen wir über die Runden. Aber vor ein paar Jahren war es wirklich schlimm, da hatten wir nur 700 € zum Leben. Da ging gar nichts mehr!

Beate: Aber wie ist das möglich, ich dachte, da springt Hartz IV ein?

Brigitte: So einfach ist das nicht. Mein Mann bekam die 700 € Rente, und ich bekam gar nichts. Beim Amt für Grundsicherung haben sie ausgerechnet, dass ich 15 € bekommen könnte. Dafür hätte ich pro Monat soundso viele Bewerbungen schreiben müssen, was wieder Geld kostet, und immer wieder zum Amt fahren müssen, um mich da vorzustellen. Das sind jedes Mal 40 km. Die zahlt dir auch keiner. Am Ende hätte ich noch draufgezahlt.

Beate: Und was ist mit den Zuschüssen für Heizen, Wohnen usw.?

Brigitte: Ja, Zuschüsse gibt es, aber dazu musst du ja erstmal was zum Zuschießen haben. Das Häuschen gehört uns, also gibt es keinen Mietzuschuss. Das Holz haben wir selbst gemacht, also gab es keine Ausgaben. Ich hätte Kohlenzuschuss beantragen können, aber wir hatten nicht mal Geld zum Kohlen Kaufen. Zuschüsse gibt es, wenn du gar nichts machst, wenn du dich komplett versorgen lässt. Aber wenn du was machst, Holz z.B., dann gibt es natürlich nichts.

Es war eine schlimme Zeit. Wir wohnen ja in L. (Anm.: 100 Einwohner, nächste

Stadt ist 12 km entfernt), da brauchst du ein Auto. Mein Mann muss ja immer wieder in die Klinik, ich habe meine Rheuma-Anfälle, ohne Auto geht gar nichts. Also ging alles Geld für unser kleines Auto drauf. Eine Zeitlang hatte ich nicht mal ein Gebiss, weil das alte zerbrochen war und ich das neue nicht bezahlen konnte. Auch durch meine alte Brille konnte ich kaum noch gucken.

Beate: Gab es keine Unterstützung?

Brigitte: Da ich auf die 15 € Hartz IV verzichtete, gab es nur noch die Tafel, wo wir alle 14 Tage Lebensmittel bekamen. Das hat schon geholfen.

Beate: Gab es bei der Tafel viele, die so leben mussten wie du?

Brigitte: Einige, vor allem Schwerbeschädigte und ältere Leute. Es gab aber auch viele Hartz IV-Familien, die vor allem das Grünzeug gleich drei Straßen weiter in den Container geworfen haben.

Beate: Wie kam es eigentlich, dass du so arm leben musstest? Warum hast du keine Arbeit gefunden?

Brigitte: Ich bin 1949 geboren, meine Eltern waren Flüchtlinge. Nach mir kamen noch 5 Geschwister. Ich musste immer auf sie aufpassen und habe immer einen auf den Deckel gekriegt, wenn mal etwas nicht klappte. Irgendwie hat sich mir da schon früh eingeprägt: Du taugst nichts, du kannst nichts, übernimm nie Verantwortung, das gibt nur Ärger. Dann habe ich Geflügelzüchterin gelernt und in G. auch im Hühnerstall gearbeitet. Dort habe ich meinen ersten Mann kennen gelernt, der war ein, es war die Hölle!

Beate: Wie bist du an so einen Mann geraten?

Brigitte: Ich bin schon als Kind dicklich gewesen. Ich habe mich immer furchtbar dafür geschämt. Das hat mir mein ganzes Selbstbewusstsein geraubt. So eine wie mich will doch niemand ansehen oder

haben. Deswegen war ich froh, überhaupt jemanden zu kriegen.

Gott sei Dank ist er dann abgehauen und ich war wieder frei. Mein jetziger Mann ist ein lieber Vater und Ehemann, aber leider ist nichts mehr von ihm übrig. Du siehst ihn ja! (Der stark abgemagerte Mann sitzt im Dunkeln in einem Sessel.)

Dann habe ich im Konsum gearbeitet. Die wollten aber, dass ich zur Leiterin werde, aber du kennst doch mein geringes Selbstbewusstsein. Also musste ich auch wieder gehen.

Dann in der Schälküche, Kartoffeln schälen für die Großküche. Da waren nur so Säufer und schlechte Menschen. Das war ganz schlimm, welche Wörter die da benutzt haben, wie die da gesoffen und sich geprügelt haben. Schrecklich, ich habe viel geweint.

Die letzten Jahre vor der Wende dann im FDGB (Anm.: Freier deutscher Gewerkschaftsbund, der die großen Betriebsferienlager organisierte), das war schön, das hätte ich gerne weiter gemacht. Dann kam die Wende, und alle Betriebe gingen unter, natürlich als erstes der FDGB, keine Betriebe, kein Urlaub mehr! Alle hier waren arbeitslos, alle!

Beate: War das nicht katastrophal?

Brigitte: Na ja, auf der einen Seite war Arbeitslosigkeit nicht so ein Makel. Auch Ingenieure und Lehrer waren arbeitslos. Auf der anderen Seite gab es natürlich keine Chance, hier wieder was zu bekommen. Dann kamen die Bildungsmaßnahmen. Im Westen war man davon ausgegangen, wer keine Arbeit hat, der hat auch keine Ausbildung. Also wollten die uns Lesen und Rechnen beibringen. Das war schon demütigend. Aber weil es allen so ging, war man nicht so allein. Manchmal gab es eine ABM, das war schön, da war ich froh. Dann wurde mein Mann immer kränker. Konnte nicht mehr bei der Post arbeiten. Bekam dann den Vorruhestand. Und ich musste mich immer mehr um alles kümmern.

Beate: Kennst du Leute, die noch ärmer sind als du?

Brigitte: Ja, natürlich, der alte R., dem ist die Frau weggestorben, hat keine Kinder, jetzt irrt er umher, keiner kümmert sich richtig um ihn. Oder die Obdachlosen, die man manchmal in Berlin sieht. Auch manche armen Leute, die eigentlich ins Pflegeheim müssten. Da bin ich doch noch wirklich gut dran.

Beate: Hast du je überlegt, wegzuziehen?

Brigitte: Das würde meinen Mann umbringen! Wo hätten wir denn auch hingehen sollen? Mit meiner Ängstlichkeit und seinen Depressionen? Nein, hier fühlen wir uns wenigstens zu Hause.

Beate: Manche Leute, gerade die aus der Stadt, sagen, auf dem Land ist Armut nicht so schlimm, da kann man sich ja selbst versorgen.

Brigitte: Wie denn? Wenn du was anbauen willst im Garten, musst du bewässern. Die paar Regentonnen im Garten reichen da nicht aus. Da brauchst du entweder ein Regenwassersammelbecken, wo du den ganzen Winter sammelst, oder du musst mit Leitungswasser beregnen, sonst wächst ja nichts. Für beides haben wir kein Geld.

Und auch das Einwecken, säuern, einzuckern kostet Geld. Ehrlich, da kommst du billiger, wenn du im Supermarkt kaufst. Mit Fleisch ist das ähnlich. Keiner kann ein Kilo Gehacktes für 4 € produzieren.

Die in der Stadt dagegen haben alles vor der Nase, müssen nicht mit dem Bus zur Apotheke, zum Amt, zum Arzt. Aber trotzdem: Auf dem Land ist es natürlich viel schöner.

Guck mal, so ein schöner Herbsttag, der kostet doch nichts, aber er macht froh.

Beate: Was macht dich wütend, Brigitte?

Brigitte: Wenn Leute sich gegenseitig fertigmachen, weil einer zu dick ist oder nicht schnell genug oder so. Diese Ellbogengesellschaft. Und die Wegwerfgesell-

schaft. Was die alles wegwerfen, da könntest du heulen, wenn du das siehst. Nicht nur Lebensmittel, aber das ist das Schlimmste. Traurig finde ich, dass alle sich hinter den Fernseher zurückziehen. Ich bin ja so schüchtern, ich traue mich nicht, irgendwo zu klingeln und mich auf einen Kaffee einzuladen, aber auf der Dorfstraße siehst du jetzt niemand mehr, mit dem du mal reden könntest. Da ist man ganz schön allein.

Beate: Was würdest du tun, wenn du Geld hättest?

Brigitte: Oh, das Dach decken und isolieren, eine Heizung einbauen, mit Warmwasser, so was haben wir ja nicht. Den Anbau hier neu machen, der fällt ja fast zusammen. Na ja, das sind so Träume.

Beate: Was macht dich glücklich?

Brigitte: Meine Enkel! Die fragen nicht, ob ich dick oder dünn, arm oder reich bin. Für die bin ich nur Oma, die lieben mich. Ich liebe auch die Natur, den Wald besonders.

Beate: Was wünschst du dir von Kirche und Gesellschaft, was sie für die Armen tun können?

Brigitte: Dass wir hier nicht alleingelassen werden. Es muss doch auch Arbeitsplätze in den Dörfern geben, einfache Arbeiten. Zu tun gibt es doch immer. Und es muss einen öffentlichen Nahverkehr geben, dass man zum Amt, zum Arzt kommt. Früher gab es den Behördentag. So was vielleicht. Und dass die Alten von der Kirche besucht werden, das ist ganz wichtig!

Beate: Brigitte, ich danke dir für dieses Gespräch. <<

Reichtum und Armut im ländlichen Brandenburg

Der Bürgermeister und der Pfarrer sitzen beim Pressegespräch. Es geht um die Vorbereitungen zum Weihnachtsmarkt, den Umbau des Gemeindehauses etc. Zum Schluss kommt die Frage des Chefredakteurs:

„Wir planen eine Spenden-Aktion zum Fest. Könnten Sie uns eine Familie nennen, die dringend finanzielle Hilfe braucht?“

Bürgermeister und Pfarrer sehen sich fragend an. „Wüsstest du jemanden?“ – „Nee, Du?“

Erst nach einer Woche fiel mir mitten in der Nacht jemand ein. Er ist Hartz IV-Empfänger und hatte mal als ABM im Kirchenwald gearbeitet. Fleißig, freundlich, zuverlässig war er. Sein Name: Herr B. Nun ist er geschieden und krank. An jedem Wochenende holt er seine drei kleinen Kinder aus der Kreisstadt ab und geht die drei Kilometer bis in den Wohnort zu Fuß.

Respekt! Er ist ein treuer Vater. Bürgermeister und Pfarrer setzen eine Meldung an die Presse ab: Wir haben einen bedürftigen Menschen, einen, der Hilfe gebrauchen kann, eine kleine Familie, wo auch das Dorf sagt: Ja, dem und seinen Kindern soll zum Fest in besonderer Weise geholfen werden.

Die kleine Episode macht deutlich: Unsere Sozialsysteme funktionieren, wenn wir erst lange überlegen müssen, bevor uns je-

mand einfällt, für den Spenden gesammelt werden können. Unsere Gesellschaft auf dem Lande ist intakt.

Natürlich, 364 € sind für einen einzelnen Menschen wenig Geld. Aber wir wissen auch um die Zuschläge und wo man dann summa summarum anlangt.

Das Gefühl, arm zu sein, stellt sich gleichwohl bei vielen Menschen ein, im Osten wie im Westen Deutschlands. Dies hat aber nach meiner Meinung mindestens zwei Ursachen: Die vielen Menschen im Land, denen es finanziell sehr gut geht, und die enorm gestiegenen Ansprüche. Die Frage lautet also: „Woran orientiert sich der Mensch, und wo nimmt er seine Ansprüche her?“

GIBT ES ALSO ARMUT IM LÄNDLICHEN BRANDENBURG?

Nein! So möchte ich behaupten. Es gibt keine Armut auf dem Lande, und es gibt auch keine spezielle neue Armut im Osten. Die Städte nehme ich da aus. Sie sind in fast jeder Beziehung anders zu beurteilen. Natürlich haben wir auch Menschen, denen es schlecht geht, Kranke und Leute, die nicht mit Geld umgehen können. Dennoch ist meine These: Noch nie ging es uns hier so gut wie heute! Noch nie haben Menschen so gut und so lange gelebt, noch nie waren sie weitestgehend von schwerer

körperlicher Arbeit befreit, noch nie war die medizinische und soziale Betreuung so gut wie heute. Noch nie haben Menschen freier und selbstbestimmter gelebt als heute.

Die objektiven Fakten dafür lassen sich endlos aneinander reihen:

Fast alle Straßen und Wege sind neu, Kommunikationsmedien verlegt und abgeschlossen, alle Häuser, mit wenigen Ausnahmen, haben neue Dächer, Fenster, Heizungen, Inneneinrichtungen; alles technische Gerät in den Familien wird zurzeit in der dritten (technischen) Generation erneuert. Unsere Dörfer sind ausgestattet mit rundum erneuerten Gemeindezentren, wir haben nagelneue Feuerwehrrhäuser mit neuester Technik bestückt, unsere Pfarrhäuser und Kirchen sind in gutem Zustand, die Sportplätze sind auf höchstem Niveau. Unsere Flüsse und Gräben sind von guter Wasserqualität, die Tierwelt erholt sich in verblüffender Weise, der Wolf, der Biber und die Forelle sind zurück, Kranich und Eisvogel sind keine Besonderheiten. Am klaren Stechlinsee steht eine der modernsten Luft-Messstationen Europas. Der gemessene Schadstoffwert geht gegen Null.

Wir sind aber vor allem reich an Beziehungen. Wir sind reich, weil wir auf dem Dorf fast immer alle kennen. Ein Kirchenältester sagt: Wir sind reich, weil wir Freunde haben. Ein Konfirmand sagt: Wir sind reich, weil wir einen Glauben haben. Unser Reichtum wird gelebt, weil wir miteinander feiern und auch trauern. Weihnachten und Erntedank, das sind Feste für alle, ohne Eintrittskarte. Erkrankungen oder Beerdigungen sind gesellschaftliche Ereignisse der Anteilnahme, des sich umeinander kümmerns und der Sorge füreinander. Meist sind mindestens 40 Menschen auf einer Beerdigung versammelt. Unser Reichtum wird gelebt und zur Partizipation angeboten in der Chören, Musikgruppen, Sportvereinen, Jugendclubs, Rentnertreffen, dem reichen kulturellen und kirchlichen Leben.

Internationale Solidarität und Verantwortung wird wahrgenommen.

Beziehungen zu Partnern in Polen und Rumänien werden seit 20 Jahren gepflegt und gelebt. Selbst bis in den Kongo und nach Ghana und Simbawe reichen die Kontakte. Die innerdeutschen Beziehungen sind seit 30 Jahren bewährt.

ARM, JA ARM SIND WIR AN KINDERN.

Armselig wird das Leben der wenigen Kinder dann vor allem, wenn sie in ihrem Wohlstand vor den Bildschirmen versinken und vereinsamen. So sind die Kinder der nicht reichen Familien oft die einzigen, die noch auf der Straße und in kleinen Gruppen im Freien spielen. Aber auch hier, bei der Kinderarmut arbeiten wir gemeinsam, Kommune und Kirche, an einer Verbesserung:

Der Pfarrer ermutigt besonders zu Weihnachten die jungen Menschen, Kinder in die Welt zu setzen. Da kommt dann Heiterkeit im Gottesdienst auf. Die zugesagte Krabbelgruppe sichert die Kirche ab; Kindergarten und Schule sowie Jugendclub der Bürgermeister, Christenlehre, Konfirmandenzeit und Junge Gemeinde die Kirche. Damit bin ich wieder bei unserem jungen Vater, Herrn B. Er hat drei kleine Kinder. Er ist kinderreich. An ihn wollen wir in besonderer Weise zum Fest denken.

Arnold Angenendt schreibt in seinem Buch: Toleranz und Gewalt, Das Christentum zwischen Bibel und Schwert, Münster, 2006, S.585: „Das Christentum weckte das Gewissen für die Armen-Sorge. ... Das Christentum hat eine ganze Gesellschaft für die Armut sensibilisiert und zugleich die Armensorge institutionalisiert. ... Bis in die moderne Sozialpolitik ist dieser Ansatz inzwischen ‚übersetzt‘ worden und zur Grundpflicht aller Humanität geworden.“

Könnte es also sein, dass wir, dass die Christen – ausnahmsweise! – einmal im Guten erfolgreich gewesen sind? <<

Kurze Wege für kurze Beine

Die Wiedereinrichtung einer Dorfschule

Im Jahr 1990 bin ich mit meiner damals siebenköpfigen Familie in das Dorf Freienseen im Vogelsberg gezogen. Ich hatte mich um die (halbe) Pfarrstelle beworben, weil ich in einem Dorf mit dem unmittelbaren Kontakt zu den Menschen leben und mit der Familie eine selbstversorgende Landwirtschaft betreiben wollte. Es ist besser in der Schöpfung etwas Erhaltendes zu tun als nur darüber zu predigen, dachte ich. So kauften wir eine halb verfallene Hofreite im Dorf, die wir als Wohnung und Lebensraum reaktivierten und auf der wir bis heute leben. Als wir vor zweiundzwanzig Jahren eingezogen sind, hatten wir zwei Kinder im Schulalter und drei im Kindergartenalter. Als ich die drei Kinder im Kindergarten angemeldet habe, rutschte der Leiterin die Bemerkung heraus: „Sind Sie verrückt? Gleich drei Kinder, wir haben überhaupt nur 25 Plätze.“ Ich dachte: „Armes Land – zu wenig Platz für (zuziehende) Kinder“.

Bei der Schulanmeldung war es nicht anders. Nachdem man die Dorfschule (Zwergschule genannt) 1975 dicht gemacht hatte, mussten alle Kinder täglich in überfüllten Bussen ca. eineinhalb Stunden zur zentral gelegenen Schule nach Laubach fahren. Eine meiner schulpflichtig gewordenen Töchter erlebte es so: Ganz hinten im Bus thronen die Viertklässler, davor die Drittklässler, weiter vorne in der Nähe des Busfahrers sitzen die Zweitklässler. Die Erstklässler müssen (wegen Platzmangels) stehen. Dann lernen sie gleich in den kurvenreichen Straßen des Vogelsberges wie es ist, wenn man umfällt und wieder aufstehen muss. Und dann

stellte sie die Frage: „Papa, kannst du mir sagen, warum es einem vom Busfahren erst schlecht werden muss, bevor man etwas lernen kann?“ Diese Frage habe ich an den schulpolitisch Verantwortlichen im Landkreis weitergegeben. Der meinte nur, ich solle den Eltern und Kindern die schulpolitischen Zwänge des Landkreises erklären. „Armes Land“, dachte ich: Politische Zwänge haben Vorrang vor dem, was die Kinder erleben und was sie brauchen, um „gebildet“ und leistungsfähig zu sein. Damals, es war Ende des Jahres 1992, beschlossen Eltern aus Freienseen und benachbarten Dörfern zum Schulbusboykott aufzurufen: Eine Woche lang fuhr kein Kind in die Schule, die Busse blieben leer. Doch was hilft ein

zeitlich begrenzter Boykott? Wäre es nicht besser das zu verändern, was nicht gut ist? Veränderungswille ist eine politische Kraft.

Im Februar 1993 trafen sich 54 Eltern, die Kinder im Grundschulalter hatten. Sie sprachen über die Situation und gründeten eine Initiative: Holt die Schule ins Dorf zurück! Reiches Land – dachte ich: Initiativfreudig, innovativ, engagiert, aktiv!

KIRCHE ALS SCHULTRÄGERIN

Der Weg von der Initiative 1993 bis zur Eröffnung der Schule 1999 war beschwerlich und lang, aber auch erfolgreich. Mehr als 160-mal hat sich die Initiativgruppe getroffen, um Konzepte für unsere Schule zu diskutieren, Gespräche mit den zuständigen Ämtern zu führen, um sich in bestehenden Schulen und erziehungswissenschaftlichen Instituten zu informieren. Wir veranstalteten Informationsabende im Dorf und in der Nachbarschaft. 1993 waren Politiker des Landkreises Gießen, Schulaufsichtsbehörde und Wissenschaftler der einhelligen Meinung: Gut so, macht weiter! Man kann ein Kind, das zu Fuß zur Schule gehen kann, nur beglückwünschen! Doch nach dreijährigen Verhandlungen enttäuschte uns der Landkreis mit einem endgültigen Nein zu unserem Vorhaben.

Daraufhin suchte die Gruppe einen privaten Träger. Und sie fand ihn in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Anfang des Jahres 1997 beantragten wir: Die Evangelische Kirche möge die Trägerschaft für die geplante Grundschule übernehmen. 20 Monate später beschloss das Kirchenparlament mit großer Mehrheit die Gründung der „Evangelischen Grundschule Freienseen mit eingeschlossener Förderstufe“ und den Bau eines entsprechenden Schulgebäudes. Auch das zuständige Schulamt erteilte uns seine Genehmigung. Wir haben das Ziel erreicht: Am 15. August 1999 wurde die Schule eröffnet, und sie nahm mit 32 Kindern aus Freienseen und dem Nachbardorf Altenhain den

Lehrbetrieb auf, der zunächst im Pfarrhaus stattfand, da noch kein Schulgebäude vorhanden war.

HEIMAT, BILDUNG UND IDENTITÄT: KENNZEICHEN DER DORFSCHULE

Unser Schulkonzept orientiert sich am sogenannten Jenaplan, einem reformpädagogischen Ansatz von Professor Peter Petersen (1884 – 1952) mit folgenden Kernpunkten:

- » Die Kinder werden jahrgangsübergreifend in sogenannten Stammgruppen (1. bis 3. Schuljahr und 4. bis 5. Schuljahr) unterrichtet. Darin spiegelt sich die Erfahrung, dass Kinder gemeinsam und voneinander besser lernen, als einzeln von Erwachsenen.
- » Jeder Schultag beginnt mit einem Morgenkreis, zu dem alle Kinder, Lehrkräfte und ggf. Eltern versammelt sind und gemeinsam singen und beten.
- » Der Unterrichtsablauf geschieht nach einem Wochenplan und orientiert sich mehr an den Kindern und ihren Bedürfnissen als an Stundentakt und abgrenzender Fächerorganisation.
- » Einmal im Monat findet eine Monatsfeier statt, zu der Eltern und andere Interessierte eingeladen werden. In dieser Feier, die sich großer Beliebtheit im Dorf erfreut, stellen die Kinder dar, was und wie sie in diesem Monat gelernt haben. Die Kinder sind oft aufgeregt, wenn sie vor vielen Menschen reden oder agieren. Doch sie werden bestärkt, Gelerntes öffentlich darzustellen; sie werden in ihrer Entwicklung unterstützt, anerkannt und gelobt. Den Eltern wird ein Einblick in das Konzept und den Alltag der Schule gewährt.

So wird ein Wesensmerkmal dieser Schule deutlich: Die Schule ist ein Teil des Dorfes. Sie gehört wesentlich und unmittelbar zu diesem Lebensraum. Sie ist vielfältig

mit dem Dorf und seiner Kultur verknüpft. Die enge Beziehung zwischen Dorf, Kirche und Schule ist in dem Leitbild formuliert: „Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Dorf HEIMAT, BILDUNG und IDENTITÄT finden.“

2001 wurde das neue Schulgebäude fertig und eingeweiht. Seitdem sind viele Menschen und Institutionen (Kirche, Vereine) mit der Schule verbunden. In Betreuungszeiten der Kinder, in Aktionen (z.B. Waldwoche, Feste, Gemarkungsgrenzgang) und bei Arbeitsgemeinschaften engagieren sich die Eltern. Ein Merkmal des dörflichen Lebens ist, nicht zu fragen, wer an ungunstigen Situationen schuld oder wer dafür zuständig ist, sondern selbst aktiv zu werden: Was können WIR tun?

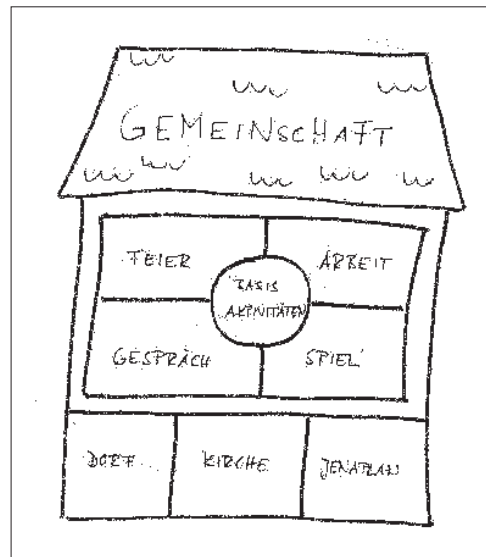
Ein Wert der ländlichen Kultur lautet: Jeder Mensch ist wichtig und viel wert – für sich selbst und für die Gemeinschaft der Menschen, zu denen er gehört. Gemeinschaftsfähigkeit und Nächstenliebe, Verantwortungsgefühl und Toleranz, Naturbezogenheit und Heimatliebe deuten einige unserer Lehr- und Lernziele an. Nun „läuft“ unsere Schule schon 12 Jahre. Im Dorf finden sie alle Leute gut. „Das Beste, was die Kirche hier im Dorf getan hat, war die Schule zurückzuholen.“

ERFOLGREICH, ABER FINANZIELL NICHT GESICHERT

Unsere Schule hat Ausstrahlungskraft. Sie animiert viele Eltern aus der Nachbarschaft, ihre Kinder hier anzumelden. Die Grundidee: „Jedes Kind ist ein Ebenbild Gottes; es ist (zum Leben) begabt; und es ist bei uns herzlich willkommen“ lockt Menschen an. Sie nehmen den privaten Transport der Kinder zur Schule in Kauf, da gibt es keinen Schulbustransport. Es gibt jedes Jahr viel mehr Aufnahmeanträge auswärtiger Kinder, als Plätze frei sind.

Bei allem, was gut ist und uns auch gelungen ist, bleibt ein Problem: das Geld. In Hessen ist der Anteil, den das Land als Refinanzierung erstattet (wir erhielten ja den Bildungsauftrag des Landes) vergleichbar gering. Für die ca. 425 000 €, die unsere Schule jedes Jahr kostet, erhalten wir vom Land Hessen und dem Landkreis Gießen etwas mehr als 50 %. Alle anderen Kosten trägt die Kirche (Ortsgemeinde, Förderverein, Dekanat, Landeskirche). Immer wieder wird die Frage nach Schulgeld gestellt. Auf der einen Seite stimmt es: Wer eine gute Schule betreibt, darf auch einen Beitrag von den Eltern erwarten. Auf der anderen Seite stimmt auch: Einige Kinder können dann in unsere Schule gehen, weil die Eltern das Schulgeld zahlen. Andere können das nicht. Die müssen dann per Bus in andere Schulen fahren. Das Schulgeld würde das Dorf spalten in „Arme“ und „Reiche“, Zahlungswillige und Zahlungsunwillige. Das wollen wir nicht. Denn unser Leitbild ist:

In unserem Dorf soll jede und jeder Heimat, Bildung und Identität finden. <<



Quelle: www.grundschule-freienseen.de/2.html

Entwicklungs- blockaden im bäuerlichen Denken?

EIN BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Die Mutter ist mit dem Sohn gekommen. Dreieinhalb Zähne geben ihr Bestes, um die Spitze eines frischen Brötchens zu zerkleinern. Selbst im hohen Alter versprüht sie noch unbändigen Tatendrang und Lebenslust. Soeben hat sie ein Glas Wein getrunken. Sie meint, das sei die beste Medizin gegen die Gliederschmerzen, die sie seit dem letzten Sturz bei der Stallarbeit plagten. Wenn sie es vor Schmerzen nicht mehr aushält, geht sie in den Gemüsegarten. Arbeiten! Mehr will sie nicht. „Wer arbeitet, ist was wert, wer nicht arbeitet, ist nichts!“ sagt sie. Ihre Währung besteht aus Dosenwurst, Milch, Wein, Kartoffeln, Gemüse, Brot und Feuerholz. Davon verkauft sich vieles nicht mehr gegen Euro und Cent, jedoch tauscht es sich bei manchen Menschen in der Umgebung gegen Dankbarkeit, Gefälligkeit, Unterstützung und Freundschaft. Sie erzeugt Lebensmittel, und darauf ist sie stolz, und wenn diese Lebensmittel nur in einen hungrigen menschlichen Magen kommen, ist für sie die Arbeit auf dem Hof sinnvoll gewesen. „So muss ein Bauernhof sein! So sollten alle Höfe sein!“, sagt sie, und dabei sieht sie glücklich aus.

Der Sohn hingegen kann nicht mehr. Der frühe Tod des Vaters und weitere tragische Ereignisse ließen den Sohn zusammen mit der Mutter in eine Reihe von Ausnahmezuständen fallen, die ihn bis heute nicht mehr loslassen. Doch die Spannungen nehmen zu: Warum Kühe halten, füttern, misten und melken? Der Milchwagen kommt schon lange nicht mehr! Warum Schweine halten? Es ist doch nichts daran zu verdienen. Warum den Trecker bewegen und auf dem Feld schuften? Es lohnt nicht! Zwei Menschen arbeiten ohne Pause und können nicht die Sozialabgaben von einem bezahlen. Da stimmt doch was nicht, oder? Der Körper will nicht mehr und kann nicht mehr. Die Psyche probt immer dreister den Aufstand, und trotzdem geht die Arbeit auf dem Hof immer weiter, und das Leben wird zum Albtraum. Tag für Tag. Wie lange noch? „Bis ich umfalle!“, meint der Sohn. „Gibt es eine Möglichkeit vorher auszusteigen?“ Wir sind ratlos.

BERATERISCHE REFLEKTION

Von Unterstützung und Freundschaft ist oben die Rede. Von Menschen, die teilweise die nicht mehr marktfähigen Erzeug-

nisse abnehmen und mit eigenem Engagement phantasievoll die Existenz von Mutter und Sohn unterstützen. Die vorherrschende Haltung der menschlichen Umgebung ist jedoch Teilnahmslosigkeit und Unkenntnis. Wie überall haben die meisten Menschen mit sich selber genug zu tun. Für viele werden Mutter und Sohn mit ihrer Eigentümlichkeit zum Alltagsbild gehören, zu den Personen, zu denen man den üblichen Abstand einhält oder an denen man im klimatisierten Auto vorbeifährt, ohne sich von ihnen weiter beeindrucken zu lassen. Und warum auch sollte es anders sein? Wer jedoch in der Nachbarschaft wohnt oder persönlich mit den beiden zu tun hat und schon daher den üblichen Abstand nicht einhalten kann, ist auf die Probe gestellt. Nicht unverständlich ist, dass Menschen die Augen verdrehen und die Nase rümpfen: „Muss das heute noch so sein?“ „Müssen die so leben?“ Nicht unverständlich ist, dass manche und mancher nicht gern auf das Haus und die Wirtschaftsgebäude schaut und dass der große Haufen Wirtschaftsdünger an der Straße nicht die Freude aller weckt.

„Muss das so sein?“ ist eine der Fragen, die auch mir als Berater im Verlauf des Gespräches durch den Kopf geht. Ich bin hin- und hergerissen von den verschiedenen Eindrücken, die ein intensives Gespräch mit ungewöhnlichen Menschen mit sich bringt. Ehrfürchtiges Staunen durchmischt sich mit Entsetzen und Mitleid. Was? Diese alte Frau in diesem Zustand fährt noch mit dem Schlepper, geht in den Wald, arbeitet auf dem Acker und im Stall bei den Jungstieren? Herzliches unverstelltes Lachen offenbart brüchiges Grauen. Die Hinweise zur sparsamen Haushaltsführung, bei einem Leben fast ohne Geld, hören sich an, als ob sie aus den Elendsjahren des letzten Weltkriegs kommen. Die inneren Stimmen im Berater reden plan- und zusammenhangslos nebeneinander her, und es dauert eine Weile, bis die eigene Ar-

beitsfähigkeit wieder hergestellt ist. Worum geht es? Was ist unser Auftrag in dieser Situation? Ach ja, die Frage aller Fragen: „Was können wir für Sie tun?“ Die Mutter hat keine Wünsche und Anliegen an uns. Sie möchte nur arbeiten bis an ihr Lebensende und hofft, dass bis dahin alles so bleibt wie es ist. Doch der Sohn ist unzufrieden mit seinem Leben und gibt der Beratung Anhaltspunkte: Er möchte in einer Umgebung wohnen, die ihm ein Mindestmaß an Lebensqualität ermöglicht. Er möchte neben der Arbeit auch einmal Feierabend haben und ein wenig Geld. Er wünscht sich eine neue Beziehung, eine Freundin und später dann vielleicht eine Familie.

BERATUNGSZIELE

In der Beratung kann es nun darum gehen, dem Sohn im Prozess seiner Entwicklung und seiner Selbstfindung mit Wertschätzung und dem richtigen Wechsel von Nähe und Distanz sowie mit unendlich viel Geduld zur Seite zu stehen. Wer progressiver arbeiten möchte, kann zielorientiert auf Methoden des Coaching zurückgreifen. Dabei kann im engen Verhältnis zwischen Sohn und Mutter, in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Bedingtheit, eine Entwicklungsblockade gesehen werden. Tragischerweise wird jedoch jeder beraterrische Versuch, diese Blockade durch Appelle oder vernünftige Argumente zur Seite schieben zu wollen, mit großer Wahrscheinlichkeit erfolglos bleiben müssen. Die Ursache dafür liegt weniger beim Klienten, als vielmehr in der Tatsache, dass der Begriff „Entwicklungsblockade“ bei einer äußeren Draufsicht stehen bleibt und darauf verzichtet, sich in die Lebenswelt des Klienten einzufühlen. Beraterisch verantwortliches Handeln muss anerkennen, dass menschliche Verhältnisse immer auch fundamentale Lebensstützen sind. Somit bietet es sich an, in der Beschreibung menschlicher Lebensverhältnisse den Begriff „Entwicklungsblockaden“ zumindest durch den

Begriff der „Identität“ zu ergänzen. Eine Beratung, die sich ganz der Begrifflichkeit von Entwicklungsblockaden verschreibt läuft Gefahr, gerade die höchsten Güter eines Beratungsgesprächs zu blockieren, nämlich die Annahme des Ratsuchenden und die Wertschätzung für ihn und seine Situation.

WECHSELWIRKUNGEN ALS BEDINGUNGEN DES BERATUNGSPROZESSES

Doch unabhängig davon, welche Bedeutung wir dem Einfühlen zumessen, ob wir unsere Richtschnur mehr in Richtung Selbstfindung oder Zielerreichung auslegen, in der beraterischen Arbeit geht es um Veränderung. Bildlich gesprochen stehen dieser Veränderung die sogenannten Entwicklungsblockaden entgegen, die wir, so der Titel, im bäuerlichen Denken verorten. Das ist ein schönes Bild, das zudem auch durch die Praxis beraterischer Arbeit gestützt wird. Schließlich sehen wir es als Aufgabe unserer beraterischen Arbeit an, uns auf den konkreten persönlichen Lebensvollzug des Klienten zu beziehen, und wir erachten es als wenig sinnvoll, im Kontakt mit den Klienten in das abstrakt Allgemeine zu wechseln. Somit gibt es im Titel: „Entwicklungsblockaden im bäuerlichen Denken“ eine unausgesprochene Tendenz, die Ursache der Missstände in erster Linie im Beratungssuchenden selber zu suchen. Dieses Verständnis erscheint aber angesichts der Lebensgeschichten von Ratsuchenden und der heutigen Realität nicht ausreichend. Extreme Lebenssituationen, hervorgerufen z. B. durch Krankheit, Tod, Not und Suizid(androhung) belasteten und belasten Menschen. Nicht unberechtigte Ängste, dem gesellschaftlichen und globalen landwirtschaftlichen Konkurrenz- und Existenzkampf nicht gewachsen zu sein, überlagern und verformen Persönlichkeiten. Von außen vorgegebene Anforderungsprofile begleiten uns vom Kindergarten bis ins Greisenalter und verlegen den Weg zum

Selbst. Das System des Familienbetriebes drückt dem Nachwuchs zusätzlich seinen individuell prägenden Stempel auf. Annahme, Akzeptanz und Solidarität im Bemühen um ein menschenwürdiges Leben haben keinen leichten Stand.

In der Reaktion drauf entwickeln sich Handlungsweisen und Einstellungen, die in der jeweiligen Extremsituation möglicherweise sinnvoll sind, für das spätere Leben und den weiteren Kontext jedoch ihre Sinnhaftigkeit verlieren können, bzw. hinderlich sein können oder nur noch in einem ganz bestimmten Kontext einen Sinn entfalten. Zudem gilt menschliches Verhalten so lange als „gesund“ oder „normal“, wie es konform erscheint und den gesellschaftlichen Leistungskriterien entspricht. Wer davon abweicht, wie beispielsweise hier die Mutter, gibt schnell den Sonderling. Daher liegt die Verantwortung für schwierige Lebenssituationen nicht beim Einzelnen, noch bei der Gesellschaft, sondern sie ergibt sich aus dem Zusammentreffen beider. Es bleibt wichtig und richtig, im persönlichen und beraterischen Kontext im Sinne von Viktor Frankl festzustellen: „Es kommt nicht darauf an, was einem Menschen widerfährt, sondern entscheidend ist, was er daraus macht!“ Doch diese Wahrheit kann nicht als Rechtfertigung dienen, nur den Einzelnen in die Verantwortung zu nehmen, und vor ungünstigen und belastenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen die Augen zu verschließen. <<

UTE RÖNNEBECK

ARMUT – KEINE AHNUNG, WAS DAS EIGENTLICH HEISST!

So, jetzt noch eben den Kommentar zur Armut. Tja, leider habe ich keine Ahnung, was das heißt.

Bei „Wikipedia“ bezeichnet Armut „primär den Mangel an lebenswichtigen Gütern (beispielsweise Nahrung, Obdach, Kleidung), im weiteren und übertragenen (metaphorischen) Sinn allgemein einen Mangel. [...] Armut ist ein soziales Phänomen: Dabei wird ‚Armut‘ als Zustand gravierender sozialer Benachteiligung mit der Folge einer ‚Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen‘ verstanden.“

Die Definition hilft mir nicht viel. Stecke gerade mitten in den Weihnachtsvorbereitungen, fülle Adventskalender, mache Bestellungen bei Amazon, bummle über Weihnachtsmärkte, kann mich gar nicht entscheiden, alleine in Düsseldorf fünf Standorte ... Ach Mist, der Kommentar zu Armut. Was heißt das noch?

Auf „armut.de“ heißt es: „Armut geht uns alle an“ und weiter: „Mehr als eine Milliarde Menschen auf der Erde leben am Rande des Existenzminimums; rund 30.000 Menschen sterben täglich an Ursachen, die mit Armut und Hunger in Verbindung gebracht werden.“ Tja, auch nicht viel besser. Übrigens steht da im Moment noch die Essensplanung an: zuerst für Thanksgiving wegen der amerikanischen Freundin im Bekanntenkreis, dann für den 75. Geburtstag von meinem Vater und natürlich für die Weihnachtsfeiertage und Silvester. Muss dann wohl wieder mal Sport machen – als Neujahrsvorsatz. Zum Glück ist dann auch bald schon wieder Fastenzeit. Das ist dann wohl auch dringend nötig. Ach, und immer noch den Kommentar zur Armut vor der Brust...

Lese weiter auf armut.de, dass es Armut auch in Deutschland gibt. „Doch in den meisten Fällen haben wir es bei der Armut in Deutschland mit relativer Armut zu tun. Kaum jemand in Deutschland muss mit einem Dollar oder weniger auskommen, ist also absolut arm. [...] Arme Menschen hierzulande können in der Regel noch ihre Grundbedürfnisse befriedigen, aber sie leiden zum einen an einer chronischen Mittellosigkeit (Mangel an Ressourcen) und zum andern am gesellschaftlichen Ungleichgewicht und einer entsprechenden Ausgrenzung.“

In dieser Woche war der Briefkasten wieder extrem voll. Spendenaufrufe von Terre des Femmes, Ärzte ohne Grenzen, Christoffel Blindenmission, SOS-Kinderdörfer, Weihnachtsgeschenkaktion bei kinder-armut.de ... Die Not ist wohl groß.

Puh, ich habe leider immer noch keine Ahnung, was Armut heißt.

Ich glaube, viele politische Entscheidungen zur Armut werden getroffen ohne dass die Verantwortlichen wissen, was das heißt. Wie steht es eigentlich um meine Verantwortung? Wo nehme ich sie wahr? <<

ANTON BLÖTH & GEORG JANSSEN

Arme Bauern – reiche Bauern

Anton Blöth:

Jedes Jahr wieder legen wir als Deutscher Bauernverband den Situationsbericht der deutschen Landwirtschaft vor. Ein jeder kennt diesen Lagebericht zur Einkommenssituation und Perspektive der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Jedes Jahr wieder ist es ein Ringen um die richtige Deutung der Zahlen, ob es denn den Bauern „gut“ oder „schlecht“ gehe. Selbstverständlich ist dieser Blick auf die Einkommenslage in den unterschiedlichen Produktionsrichtungen, Erwerbsformen und Regionen wichtig, allemal für den Deutschen Bauernverband als Interessenvertreter für die deutschen Bauern. Denn es ist ein immer wieder von den Mitgliedern formulierter Anspruch an den Verband, dass Rahmenbedingungen in Politik und Märkten geschaffen werden, die eine vernünftige Einkommens- und Existenzsicherung in den landwirtschaftlichen Betrieben ermöglichen. Es geht dabei nicht um die Kategorien „arm“ oder „reich“, sondern es geht darum, den Betrieben eine verlässliche Perspektive und einen Rahmen zu schaffen, in dem sie eigenverantwortlich ihre betrieblichen Geschicke gestalten können. Selbstverständlich wollen Landwirte Geld verdie-

nen und ihren Familien ein gutes Auskommen sichern. Es schwingt aber mehr mit:

Einerseits hat dies mit dem „Berufsethos“ der Landwirte zu tun. So schwer und sorgenreich, ja manchmal auch entbehrungsreich die Arbeit und Lage ist, so sehr betonen auch junge Landwirte ihre Liebe zum Beruf, ihren Stolz darauf und den „Reichtum“, den sie aus ihrer weitgehend selbstbestimmten Arbeit und Lebenswelt in der Natur, im Betrieb, mit der Familie und auch den Tieren „erfahren“. Dazu gehört auch das Denken in Generationen, neudeutsch mit dem Wort ‚Nachhaltigkeit‘ umschrieben. „Kern bäuerlichen Denkens ist, den übernommenen Betrieb in besserer Verfassung an die nächste Generation weiterzugeben. Dieses Streben sorgt für Entwicklung und Fortschritt, aber auch für das Bewahren und Schützen von Kulturlandschaft, Böden, Luft und Wasser, Tieren und Pflanzen. ... Nur eine solch ausgewogene Orientierung sichert auf Dauer wirtschaftlichen Erfolg in den Betrieben und die gesellschaftliche Verankerung des land- und forstwirtschaftlichen Berufsstandes.“ So steht es im Leitbild des Deutschen Bauernverbands, das im Juli 2011 vom Deutschen Bauerntag in Koblenz verabschiedet wurde.

Armer Bauer – oder doch reicher Bauer, dem es gelingt, gute Startbedingungen für die nächste Generation zu schaffen?

Andererseits soll auch die Sorge deutscher Landwirte über Hunger und Armut in Entwicklungsländern mitschwingen. Es bewegt eben nicht nur Entwicklungsorganisationen, sondern auch Bäuerinnen und Bauern hier im „reichen Norden“, wenn Berufskollegen in Entwicklungsländern in Armut und Hunger leben. Das mögen die vielfältigen Initiativen und Aktivitäten des Berufsstandes in und für Entwicklungsländer zeigen. Der Deutsche Bauernverband gehört nicht von ungefähr zu den Gründern der Welthungerhilfe, die 2012 ihr 60-jähriges Bestehen feiern wird. Erst kürzlich reiste eine Delegation des DBV nach Vietnam, um den Aufbau einer landwirtschaftlichen Fachschule mit deutscher Unterstützung in Gang zu setzen. Mit großem Elan wird der Aufbau und das Zusammentreffen landwirtschaftlicher Organisationen aus Nord und Süd in der neu gegründeten World Farmers Organisation massiv gerade von DBV- und COPA-Präsident Gerd Sonnleitner auch persönlich vorangetrieben, dem die Stärkung der Bauernorganisationen gerade auch aus den Entwicklungsländern ein Herzensanliegen ist.

Der Blick über den nationalen Tellerrand darf aber nicht den Blick auf so manche Notlagen und Sorgen in ländlichen Regionen und landwirtschaftlichen Betrieben hier bei uns versperren. Schon gar nicht für einen Verband, der sich nicht nur als Unternehmerverband, sondern eben auch als Werte- und Solidargemeinschaft versteht. Gerade die Arbeit der Kreisverbände vor Ort ist auch darauf gerichtet, Ansprechpartner bei wirtschaftlichen und familiären Nöten zu sein. In den Ländern gibt es ein bewährtes Netzwerk „sozialökonomischer Berater“. Von unseren Kreisgeschäftsstellen der Bauernverbände kommen beispielsweise die Initiativen für Futterbörsen, Spendenaktionen

oder praktische Hilfestellungen, wenn Hochwasserkatastrophen oder schwierige Ernten Betriebe in den Abgrund zu treiben drohen. Landesverbände haben „Bäuerliche Hilfswerke“ eingerichtet, die im Notfall abseits dieser Naturkatastrophen Hilfe und Unterstützung leisten sollen, ähnlich wie Betriebs- und Dorfhelferinnen, die wie in Bayern durch großes Engagement des Bauernverbandes überhaupt nur am Leben gehalten werden. All dies geschieht in guter Verbindung mit der seelsorglichen Arbeit der ländlichen Dienste beider Kirchen, um ein Netz zu spannen, das mit Hilfe und Rat in schwierigen Lebenslagen Auswege aus Krisensituationen sichert. «

Georg Janßen:

Natürlich könnte ich das Thema betriebswirtschaftlich anpacken, über die vorhandenen Einkommensunterschiede schreiben, über Gewinne und Kosten. Ich schiebe das bewusst zur Seite. Stattdessen zitiere ich: „Ich weiß nicht mehr, wie es weiter gehen soll. Die Kosten laufen uns weg, die Bank macht Druck, was kann ich tun?“ (ein Anruf einer Bäuerin, gar nicht selten in letzter Zeit) Wichtig ist, dass wir darüber reden, obwohl wir uns kaum kennen. Dann können wir gemeinsam überlegen, was getan werden kann. Mutig ist das, sich mit so einem Anliegen nach außen zu wenden, aber fast schon überlebensnotwendig. Viele grämen sich, sehen die Schuld nur bei sich, schweigen, und leise schließt sich wieder eine Hoftür für immer. Kein Einzelfall, sondern ein ländliches Problem?

Wohl nicht: Jeder 6. Bundesbürger lebt an der Armutsschwelle, sagt das Statistische Bundesamt und stellt fest: die Kinderarmut nimmt zu. Und das in einem der reichsten Industrieländer, in dem die Reichen immer reicher und die Armen ärmer werden – wie

lange wollen wir das noch akzeptieren? Ein Ergebnis ist die Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft. Wo sind wir denn z.B. in der Landwirtschaft angekommen, wenn einige nicht mal mehr die Trauerzeit abwarten können, um Betriebe und Land von verstorbenen Nachbarn zu übernehmen?

Über eine Milliarde Menschen haben auf der Welt nicht genug zu essen und zu trinken. Täglich sterben laut UNO-Welter-nährungsbericht 37.000 Menschen an Hunger, obwohl 12 Milliarden Menschen ernährt werden könnten. Das ist auch ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft. Ein „weiter so“ ist keine Option, haben uns über 400 Wissenschaftler im Weltagrarrbericht vorgehalten und ein Umdenken in der Agrarpolitik eingefordert. Nicht durch bloße Steigerung der Agrarproduktion in den Industrieländern und risikobehaftete Technologien (z.B. Gentechnologie) lassen sich die Probleme lösen. Hilfe zur Selbsthilfe, Bekämpfung der Armut, freier Zugang zu Bildung, zu Land, Wasser, Saatgut werden entscheidend für das Überleben der Menschheit sein. Gerade die Stärkung einer bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft muss auf die internationale Tagesordnung.

Nun wird den Bauern in Deutschland entgegen gehalten: Ihr reichen Bauern könnt gut reden, Euch geht's doch gut, über 50 Milliarden Euro werden in der EU ausgegeben für die Landwirtschaft, das sind 44 Prozent des EU-Haushalts. Aber: heute erhält völlig legal ein Betrieb in Mecklenburg-Vorpommern als Spitzensubventionsempfänger 3,7 Millionen Euro an Direktzahlungen, und auch die Südzucker AG an zweiter Position erhält 2,59 Millionen Euro und kommt zusammen mit Exportsubventionen auf 34 Millionen Euro Förderung aus den EU-Kassen (Zahlen 2008). Wenn 20 % der Betriebe in der EU 80 % der Direktzahlungen erhalten und 1 % der Betriebe in Deutschland allein 35 % aller Zahlungen bekommt, dann macht das nachdenklich und ist kein Ausdruck von Neid. Wir haben eine

soziale Schieflage, die durch eine konsequente EU-Agrarreform ins Lot gebracht werden muss, damit die Schere zwischen arm und reich nicht weiter auseinander klafft.

Deshalb ist es vernünftig, Arbeit und Umwelt in den Mittelpunkt der anstehenden Agrarreform zu stellen und die Direktzahlungen daran zu koppeln. Aber der Strukturwandel läuft ungebremst weiter, riesige industrielle Anlagen mit Tieren in 1000er Einheiten sind in Planung, bleiben da nicht Bäuerinnen und Bauern auf der Strecke? Sind da nicht die reichen Agrarindustriellen die Gewinner und die Bauern nur noch austauschbare Rohstofflieferanten, die in einer Vertragslandwirtschaft keinerlei selbstständige Entscheidungen mehr treffen? Das ist längst nicht ausgemacht. Während auf der einen Seite das Wachstum immer fragwürdigere Ausmaße annimmt und die Einkommensprobleme in der Landwirtschaft trotzdem nicht löst, gibt es in der Gesellschaft eine immer stärkere Zustimmung für eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft. Wir leben in wirtschaftlich turbulenten Zeiten, in denen weltweit die Frage der Ernährung und der Ernährungssicherheit eine wichtigere Bedeutung bekommt.

Es muss mit der Gesellschaft diskutiert werden, welche Landwirtschaft wir brauchen und wollen. Wir haben etwas zu bieten: Unsere Arbeit auf den Höfen ist wertvoll, und dieses wertvolle Gut können wir der Gesellschaft anbieten, indem wir qualitätsorientierte Lebensmittel erzeugen, gentechnikfrei produzieren, regional nachvollziehbare Strukturen aufbauen, tiergerechte Haltung praktizieren und für einen fairen Handel mit den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Ländern des Südens eintreten. Dafür sind wachsende Teile der Gesellschaft auch bereit, faire Preise zu bezahlen. Dann wird sich auch die Frage von reichen und armen Bauern neu stellen. <<

Standortvorteil Land

von den Vorzügen ländlicher Überschaubarkeit

Eine Reportage über den Trigema-Chef Wolfgang Grupp

Er ist ein Mann aus der Provinz und bekennt sich dazu – und hat es zu einiger Berühmtheit gebracht. Sein Gesicht ist durch zahlreiche Presseinterviews, Talkshows im Fernsehen und auch durch die Werbung für seine Produkte bekannt geworden; er ist der Mann, der ohne Probleme als Werbeträger neben einem Affen auftritt: Wolfgang Grupp, Firmeninhaber der Trigema-Textilwerke, Deutschlands führender Hersteller von Shirts. Bekannt wurde er aber nicht nur durch den Affen, sondern auch mit einem fast anachronistisch anmutenden Habitus im Auftreten: seinen maßgeschneiderten, eng sitzenden taillierten dunkelblauen Anzügen mit extra aufgenähtem Einstecktuch im Revers; sonnengebräunt und selbstbewusst den Wirtschaftsstandort Deutschland mit seinen Vorzügen preisend und dabei die Globalisierungsfanatiker unter seinen Unternehmerkollegen geißelnd. Wenig bekannt ist, dass Wolfgang Grupp auch ein bekennender Fürsprecher des ländlichen Raumes ist.

DIE VORZÜGE DES LANDES

Geboren und aufgewachsen in Burladingen, dann von den Eltern ins katholische Internat nach St. Blasien in den Schwarzwald geschickt, zum Wochenende immer wieder nach Burladingen zurückgekehrt, hat er dort seinen Wirkungsort, sein Lebenszentrum früh gefunden. War Burlandin-

gen anfangs ein kleines Dorf, wurde daraus später eine beachtlich aufstrebende Gemeinde auf der Schwäbischen Alb. Selbst während seines Volkswirtschaftsstudiums in Köln schätzte er die „Heimat als Ruheoase“ und ließ sich auch während seiner „wilden Zeit, wo ich immer wieder die Ferien auf Ibiza verbrachte“ nicht von Burladingen als „Ruhepol“ oder auch „Rettungsanker“ abbringen.

Wenig hat er für den Slogan übrig: „Stadtluft macht frei“ – das Gegenteil sei der Fall. Der weltläufig auftretende Industrielle betrachtet die Stadt viel eher als Gefängnis: die Enge beklagt er, die Lautstärke, das verkehrstechnische Chaos, das auch wirtschaftlich aus logistischer Hinsicht für vorgegebene Zeitbudgets ein Chaos darstelle. Wenig kann er der Grellheit, der Hektik urbanen Lebens abgewinnen.

In seiner Diagnose ähnelt er verblüffend Alexander Mitscherlichs „Unwirtlichkeit“ – und er ergänzt – „Unwirtschaftlichkeit der Städte“. Das verwundert gerade für ein Textilunternehmen, von dem man denkt, dass es innovative Trends und aktuelle modische Akzente aus dem kreativen Chaos von Agglomerationszentren aufnehmen müsse. Nein – im Gegenteil: das Land biete Stabilität in emotionaler, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Regelmäßigkeit der natürlichen jahreszeitlichen Rhythmen, die Ruhe, die von der Landschaft auf der Alb in Abwechslung von Feldern, Wie-

sen und Wäldern ausgehe, das alles Sorge für Berechenbarkeit und Kontinuität. Einen „Graus“ hat er vor ständigen Wechslen: ob innerhalb der von Modediktaten bestimmten Sortimentsgestaltungen oder von selbst ernannten „Experten für Führungsstrategien“ wie auch beim eigenen Personal – für Grupp ist das immer wieder „neu entscheiden müssen“, bei bestimmter fest stehender Faktenlage eher eine „Last“, welche Zeit und Kraft raubt. So ist er stolz auf den geringen Fluktuationsanteil seines Personals. Kontinuität und Stabilität sind auch hier angesagt, weil auf dem Lande das Familienleben nicht mehr „nur heil“ ist, aber doch noch stabiler und berechenbarer ist als in den Metropolen. Stolz berichtet er von den 287 Jahren, die eine Familie an gemeinsamer Zugehörigkeit zur Firma errechnet hat. So lässt er es sich auch nicht nehmen, allen Jubilaren, welche mindestens zehn Jahre zur Firma gehören, beim Ausscheiden in den Ruhestand persönlich die Aufwartung zu machen und sich von ihnen mit einem Geschenk zu verabschieden.

Regelmäßig werden Betriebsfeste gefeiert, auch um die soziale Gemeinschaft untereinander und die Verbindung zur Firma zu fördern. „Da findet sich immer ein Grund, ein Jubiläumsfest zu feiern“, so der Unternehmer, der dann auch gerne Gastgeber auf dem Betriebsgelände bzw. sogar im Garten des eigenen Anwesens ist. Wenn es nicht sein 65. oder der jetzt bald anstehende 70. Geburtstag ist oder ein runder Geburtstag seiner Frau oder ein Jubiläum in der Firmengeschichte, so rechnet er flugs das Lebensalter von sich, seiner Frau und den beiden Kindern zusammen, um einen 120. Geburtstag der Familie Grupp zu feiern. Dann wird groß aufgefahren an Essen und Trinken sowie an Stars und Sternchen, um die Mitarbeiter zu verwöhnen: ob Dieter-Thomas Heck oder Gabi Baginski, ein buntes Programm gibt es immer. Und auch Burladingen lässt es sich nicht nehmen, zu den gerade auserkorenen Jubiläumsfesten dem Firmenherrn und Exi-

stenzsicherer des Ortes seine Aufwartung zu machen: da marschieren Landfrauenchor, Liederkranz, Schützenverein, Jagdbläser, Stadtkapelle und vielerlei andere Gruppen auf, um Herrn Grupp, seiner Familie und eben auch der Firma zu danken und sie zu ehren. Von daher ähneln sich dann auch die entsprechenden Jubiläumsschriften in Wort und Bild – Stabilität und Kontinuität sind auch hier angesagt und schaffen dörfliche Vertrautheit in einer schnelllebigen, anonymen Welt.

LÄNDLICHE ARBEITSTUGENDEN

Stabilität und Kontinuität sowie Berechenbarkeit sind es auch, die Wolfgang Grupp bei seinen Mitarbeitern schätzt. Zuverlässig müssen sie sein, gründlich in der Arbeitsausführung und pflichtbewusst. Da ist er ihnen selber Vorbild, und das erwartet er auch von ihnen. Darin sieht er auch den großen Mangel unserer modernen Gesellschaft, dass die Menschen nur noch auf Geld fixiert sind, welches doch gar keine Glücksgarantie gebe. „Gebraucht zu werden – das schafft wirkliche Lebenszufriedenheit“, da ist sich Grupp sicher. Dieses Gebrauchtwerden zeigt er mit seinen jetzt 69 Jahren, indem er immer noch regelmäßig an seinem Schreibtisch sitzt – für alle unübersehbar. Denn Grupp verzichtet auf ein eigenes Büro mit Vorzimmer. Wenn man mit ihm einen Gesprächstermin hat, so erwartet einen im Foyer des Verwaltungsgebäudes der berühmte Affe. Dieser fordert auf, eine Rezeptionsnummer zu wählen und dann wird man abgeholt zum Gespräch mit Grupp. Dabei geht es durch ein weitläufiges Großraumbüro, in dem aufgereiht wie in einer Schule, die Schreibtische nebeneinander in Viererreihen stehen. Ganz am Ende des Raumes befindet sich ein kaum größerer Schreibtisch, an dem der Firmenchef sitzt und seiner Arbeit nachgeht. Dabei hat er ständig alle Mitarbeiter im Blick.

Verlässt sich der Firmenchef also doch nicht so sehr auf die „ländlichen Arbeitstu-

genden“, sondern auch auf ein gutes Stück Kontrolle? Da lächelt er und räumt ein, dass soziale Kontrolle eben auch kennzeichnend für das Land ist. Kontrolle in der Familie, Kontrolle in der Sozialgemeinschaft von Vereinen, Kirchen und Gemeinwesen und nicht zuletzt auch Kontrolle innerhalb der Firma. Dazu erzählt er ein Beispiel: „Was meinen Sie, wenn ein junger Mitarbeiter bei uns blau macht, weil er am Abend zuvor zuviel gesoffen hat. Jetzt fehlt er und andere müssen seine Arbeit machen. Gleichzeitig ist die Mutter bei uns in der Firma oder die Tante oder die Kusine oder der Vereinskamerad aus der Stadtkapelle – das kann er sich doch gar nicht erlauben, weil es sich wie ein Lauffeuer bei uns in der Firma herumsprechen würde: ‚der lässt uns schaffen, weil er gesoffen hat‘.“

Das familiäre Solidarnetz erweist sich somit auch als ideales Kontrollnetz. Stolz ist Grupp deshalb auch auf die engmaschigen Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb der Mitarbeiterschaft. So wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Kinder von Mitarbeitern bevorzugt eingestellt werden. Das Dumme ist nur, dass auch auf dem Lande inzwischen die Qualifikations- Offensive Bildung angekommen ist und viele Jüngere in die Städte gehen zum Studium an Akademien oder (Fach-)Hochschulen. „Was machen wir dann mit so viel klugen Köpfen, die voll theoretischen Wissens sind?“ Denn das hat er festgestellt: immer höhere akademische Qualifikationen bringen nicht unbedingt praktische Umsetzungs- und Anwendungsmöglichkeiten innerhalb des Betriebes. Außerdem kann der Unternehmer als überzeugter Standortanhänger Deutschlands seine Philosophie nur realisieren, wenn er auch genügend un- bzw. angelernete Arbeitskräfte erhält – eben zum Beispiel als Näherinnen und Näher. Von daher ist dann auch der Ausländeranteil bei Trigema auf rund 30% angestiegen. Und auch hier setzt er auf das „Regelwerk Familie und Betrieb“ und fördert ausdrücklich, dass Mitarbeiter aus ganzen Familienverbänden, ob

griechischen oder türkischen, die Belegschaft bereichern.

DAS UNTERNEHMEN ALS „HOF“

Immer wieder berichtet Grupp von Kindheits- und Jugenderinnerungen an seinen Großvater, der es neben dem akademischen Triumvirat aus Pfarrer, Lehrer und Arzt geschafft hatte, als Firmengründer und Unternehmer zur „Dorfelite“ aufzusteigen: „Mit dem Pfarrer hat er regelmäßig Tennis gespielt“. Mitten in Burladingen ist dann auch ein stattliches und ansehnliches Anwesen umgeben von einer kleinen weißen Mauer in unmittelbarer Nachbarschaft des Firmengeländes. Ohne den Strukturwandel in der Landwirtschaft, so macht Grupp deutlich, hätte Trigema nicht seine besten Arbeitskräfte erhalten. Schon früher hätten Bäuerinnen in Heimarbeit als Näherinnen Kleidungsstücke zusammengesetzt, später sei mit dem Wegfall von immer mehr Bauernhöfen dann die Gelegenheit gekommen, immer mehr engagierte aus der Landwirtschaft stammende Männer und Frauen als Mitarbeitende für das Unternehmen zu gewinnen. Auch heute noch stellen Mitarbeitende aus der Nebenerwerbs-Landwirtschaft einen beachtlichen Anteil der Belegschaft dar.

Drei Werte sind es, die Grupp als „Regelwerk ländlichen Zusammenlebens“ ausmacht und die auch immer die Landwirtschaft geprägt haben: Familienorientierung, Religiosität und Dorfidentität. An diesem Regelwerk hält Grupp auch heute noch mit der Firma Trigema fest. Die Religiosität lebt er ganz bewusst. So hat er mitten in seinem Haus eine gar nicht so kleine Kapelle einrichten lassen, in der er allmorgendlich „Ruhe und Kraft für das Tagesgeschäft“ – wie er sagt – findet. Im katholischen Glauben fest verwurzelt will er dann auch nicht als „Wohltäter“ für Burladingen gelten, wenn er seit 20 Jahren mit seiner Familienstiftung für den Ort manche soziale und kulturelle Unterstützung ermöglicht. Dabei begrenzt er sein Sponsorentum bewusst auf Burladingen und die Trigema-Mitarbeiter-

schaft, für die er einen eigenen Notfonds aufgelegt hat. „Wenn einer aus der Belegschaft finanzielle Probleme hat, dann muss er halt zu mir kommen und mit mir sprechen, dann finden sich immer Mittel und Wege, wie wir da rauhelfen können“, sagt er ganz unpräzise.

So wie die Religion als „Regelwerk“ in der Gesellschaft an Bedeutung verliere, so gehe es leider auch mit der Familie und der Sozialgemeinschaft vor Ort – je globaler die Welt werde, je größer, anonym und unübersichtlicher, beklagt er. Da liege es nahe, dass man das Regelwerk ignoriere, sich aus der Wertegemeinschaft verabschiede und die Lücken, die sich einem eröffneten, nutze, um sich seinen eigenen egoistischen Vorteil zu holen. Unmoralisches Verhalten sei dann plötzlich „Cleverness“, „strategisches Handeln“, ob in der Wirtschaft, in der Politik oder auch im Privatleben. Da will er nicht mitmachen, sondern mit sozialer Verantwortung solch fehlgeleiteten Entwick-

lungen begegnen. Stattdessen würde man „solchen Helden“ auch noch Anerkennung geben und sie mit Orden behängen.

Seine Firma ist daher nicht nur ein Unternehmen für ihn, sondern die „wichtigste Sache“, für die er die Vorbereitungen einer Übergabe schon ähnlich detailliert und durchdacht vorbereitet hat wie die Abläufe innerhalb des Unternehmens. So studieren der 20-jährige Sohn und die 22-jährige Tochter gegenwärtig in London und sollen nach ihrem Abschluss in Burladingen vor Ort von der Pieke auf alle Abteilungen durchlaufen, um das „Regelwerk Trigma“ des Vaters kennen zu lernen. Denn so wie einen Familienbetrieb in der Landwirtschaft, so versteht Grupp auch sein Unternehmen: Werte wurden traditionell überliefert, sind die Stütze für das aktuelle Denken und Handeln, stellen die Verbindung zur traditionellen Verantwortung her und führen auch als Wegweiser in die Zukunft. <<

» ZUM WAHRNEHMEN EMPFOHLEN :

Schultze gets the Blues (D 2003), Film von Michael Schorr, DVD

Gleich die erste Szene löst ein kollektives Aufseufzen aller Ost-Zuschauer aus: Ein Mann in seiner Neubauwohnung verrichtet Alltagsgeschäfte. Die Szene spielt kurz nach der Wende in Sachsen-Anhalt. Genauso ist es gewesen, in Tausenden von Wohnungen, genauso sah es aus. Trist, gleichförmig, aber unendlich vertraut und mit einem Gefühl von Heimat.

Bergarbeiter Schultze, die Hauptfigur, gespielt von Hort Krause (bekannt aus Polizeiruf 110), wird gerade in den Vorruhestand versetzt. Die Frau ist verstorben, die Mutter im Pflegeheim, das Arbeitsleben vorbei, Schultze hat nichts mehr zu erwarten, außer dem immer gleichen Trost von Aufstehen, Essen, Fernsehen, Schlafen und hin und wieder einem Auftritt mit seinem Akkordeon auf einem Volksfest. Er wirkt unendlich müde, lebensmüde eben.

Bis er eines Tages im Radio die rhythmische Zydeco-Musik aus den Südstaaten hört. Beim nächsten Volksfest spielt er statt der üblichen Polka die heiße Südsaatenmusik. Die Zuhörer reagieren befremdet, aber immerhin erhält Schultze eine Einladung in die Partnerstadt aus Texas und er wagt eine Reise.

Wer jetzt humorvolle Verwechslungen und absurde Begegnungen erwartet, wird enttäuscht.

In Louisiana entdeckt Schultze zwar seine Musik, aber so anders ist das Leben dort gar nicht, und Menschen schlagen sich letztendlich überall mit den gleichen Problemen herum.

Ein leiser Film mit liebevoller Betrachtung des Unspektakulären.

Beate Wolf

Theologie für die Region

Gibt es eine „regionale Theologie“? Ja, meint Pfarrer Thomas Guba von der Gemeinde- und Regionalentwicklungsstelle in Bad Alexandersbad. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen hat er das Arbeitsheft „Kirche für die Region“ entworfen. „Bereits in der Bibel sind die Texte von Menschen geschrieben worden, die in einer ganz bestimmten Region lebten“, so Guba. Christlicher Glaube und Theologie seien immer schon auf Alltagserfahrungen bezogen gewesen. Geographie, Politik, religiöse Umwelt und die Ökonomie hätten dabei eine gewichtige Rolle gespielt.

Die Menschen in Nordostbayern hätten gemeinsame geschichtliche Erfahrungen und teilten den gegenwärtigen Strukturwandel miteinander. „Daran möchten wir anknüpfen und so den Menschen helfen, in ihrem Alltag das Christsein zu leben und neue Glaubenserfahrungen zu machen.“

Susanne Böhringer, Pfarrerin in Wunsiedel und Schirnding, schrieb den Beitrag „Gutes Leben - Träume vom Dasein hinter den sieben Bergen“. Der Bibel nach habe der Mensch das Paradies verloren, trage aber noch immer die Sehnsucht danach mit sich: Zu sich selbst zu finden und als Mensch einen Ort zu haben, an dem Leib und Seele heil werden und bleiben können. Hier biete die Region vielfältige Möglichkeiten. Dazu gehöre der Luxus der Leere, die Entfaltungsmöglichkeiten für Menschen mit wenig Geld und die sozialen Kontaktmöglichkeiten. „Hier darf man die Erfahrung machen, dass man nicht perfekt sein muss, scheitern kann und trotzdem dazu gehört.“

Manfred Walter, Landessekretär der Evangelischen Landjugend in Bayern, verfasste ein Plädoyer für die jungen Menschen in Oberfranken. „Die Region kann den Menschen sehr viel bieten“, so Walter. Nicht allein die qualifizierten Ausbildungsplätze seien Grund genug, junge Leute hier zu halten. Viele blieben auch deshalb, weil sie in ihren Gemeinden eine echte Heimat gefunden haben.

Der Marktleuthener Pfarrer Arved Schlottke sieht im Fichtelgebirge ein Seniorenparadies. Die Überalterung in der Region müsse als Chance, nicht als Problem gesehen werden. Durch den Ausbau der vorhandenen Freizeitmöglichkeiten für ältere Menschen sowie besserer Anbindung im öffentlichen Nahverkehr und mit spezialisierten Fachkliniken sei die Region auch für junge Familie attraktiv. Fachkräfte in Medizin, Betreuung und Dienstleistung könnten hier ein Auskommen finden.

Weitere Beiträge kommen von unterschiedlichen Autoren, die u.a. von der Porzellanherstellung über „Kunst in der Kirche“ berichten und zur theologischen und praktischen Mitarbeit vor Ort einladen wollen. Regionalbischofin Dr. Dorothea Greiner schreibt im Vorwort: „Das Buch lohnt zur individuellen Lektüre, aber auch als Grundlage für gemeinsame Gespräche in Arbeitsgruppen oder im Kirchenvorstand. Auf ethische, theologische und kommunikative Art kann über das Leben und Arbeiten in der Region nachgedacht werden.“

**Zu bestellen gegen eine Schutzgebühr von 1,50 € bei:
Evangelisches Bildungszentrum Bad Alexandersbad,
Markgrafenstraße 34, Bad Alexandersbad.
o 92 32 / 99 39-0**

» M E L D U N G E N :

Kirchliche Agrarexperten mahnen schöpfung- und sozialetische Perspektiven einer nachhaltigen Landwirtschaft an

Anlässlich der Diskussion zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in Brüssel hat der EKD-Agrarbeauftragte Dr. Clemens Dirscherl deutlich gemacht, dass die Bemühungen hin zu mehr Klima- und Umweltschutz sowie einer breiteren Biodiversität in der ökologischen Begründung der Direktzahlungen zum Ausdruck kommen sollte. Dies berühre sowohl die Vorschläge der Agrarkommission zur Fruchtfolge als auch zum Umbruchverbot von Dauergrünland. Hier gehe es um den Schutz der wertvollen Lebensressource Boden über den Humuserhalt, um mehr Artenvielfalt und auch um die Reduzierung klimaschädlicher Emissionen. Darüber hinaus wäre es von kirchlicher Seite begrüßenswert, wenn der Ausbau europäischer Eiweißfutterpflanzen wie z.B. Leguminosen als „Greening-Komponente“ aufgenommen werden könnte, womit zugleich auch ein kleiner Ansatz zur eigenständigen europäischen Eiweißversorgung bei der Fütterung gegeben wäre.

Sozialetisch stellte Dirscherl die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit: als grundlegende solidarische Beziehung zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Gesellschaft, als Solidarität innerhalb des Agrarsektors der europäischen Länder untereinander sowie auch zwi-

schen der Landwirtschaft Europas und jener der Entwicklungsländer. Von daher begrüße es die Evangelische Kirche, wenn es zu Prämienanpassungen „mit Augenmaß“, angepasst an die Wirtschaftsleistungen der betreffenden Länder, käme. Auch die Einführung von Obergrenzen bei Betriebsprämien mit einer progressiv gestaffelten Kürzung sei sozialetisch geboten. Besonders betonte der kirchliche Agrarexperte die von der EU-Kommission angeregte Berücksichtigung des Faktors Arbeit über die Lohnkosten, womit die Arbeitsintensität der Landwirtschaft anerkannt werde. Ausdrücklich sprach sich Dirscherl auch für eine spezielle Förderung von Junglandwirten als Perspektive für die Zukunft aus, wobei Investitionszuschüsse sich nicht „auf einem Wachstumsparadigma gründen sollten“, sondern an gesellschaftlich gewünschten Betriebsveränderungen wie z.B. hin zu tiergerechteren Haltungsformen orientieren sollten.

Ico von Wedel, Mitglied im Kabinett von Agrarkommissar Dacian Ciolos, wies darauf hin, dass sich in der anstehenden Reformdiskussion erweisen müsse, inwiefern die Vorschläge, die er als „Riesenschritt agrarpolitischer Entwicklung“ bewerte, tatsächlich umgesetzt werden könnten. Erstmals sei das Motto „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ in die Debatte eingespeist, weswegen die Greening-Komponente definitiv kommen werde.

kilr

» A u s b l i c k a u f H e f t 1 / 2 0 1 2

ENERGIEN VOM LAND

- » Der ländliche Raum als Energielieferant
- » Landwirtschaft – statt Nahrung- Energie-Produzent?
- » Energie als Gabe Gottes?
- » Energiemanagement in Kirchengebäuden

EINIGE THEMENHEFTE VON A BIS Z:

Abschied und Wandel im Dorf 4/2000 | Im Alter auf dem Lande leben 4/1999 | **Anderssein** im Dorf – Innensichten, Außensichten 4/2001 | Perspektiven ländlicher **Arbeitswelten** 1/2000 | **Arbeitsplatz** Land 1/2009 | **Armes Land – Reiches Land** 4/2011 | Land in **Bewegung** 3/2007 | Lippen**Bekenntnis** 2/2002 | Soziale Umbrüche – Herausforderung für Seelsorge und **Beratung** 4/1993 | Dem Land auf der Spur – **Bilder**, Meditationen, Geschichte SH 1999 | Lebensgrundlage **Boden** 1/1987 | Vom Weizenkorn zum täglich **Brot** 3/1997 | **Diakonie** auf dem Land 1/2007 | **Dorfkirchen** 4/2002 | **Duftendes** Land 4/2010 | **Durstiges** Land 1/2008 | **Ehrenamt** 3/2010 | **Energien** des Landes 1/2005 | **Erd-Boden** 1/1998 | **Ernährung** – mehr als Essen 1/1993 | Die **Ernte** ins Gebet nehmen 2/2000 | **ErnteZeiten** – Erntedank 2/2003 | **Erntedank**-Handreichungen zu den Perikopenreihen ab 1990 | **Erzeuger** und Verbraucher zwischen Supermarkt und Direktvermarktung 4/1992 | Vom Acker auf den Tisch: **Essen** – der Rede wert 2/2006 | Grenzenloses **Europa** zwischen Erwartungen und Sorgen 1/1997 | Wovond as Wasser wimmelt – **Fische** 3/2009 | Das Dorf und die **Fremden** – Migration in Europa 2/1993 | **Land-Frauen** 4/1997 | **Gärten** – ein Stück Paradies? 1/1999 | **Gastgeber** Land 3/2000 | **Grenzland**-Landgrenzen 1/2004 | Lebens-**Gemeinschaften** auf dem Lande 4/1998 | Schöpfung aus zweiter Hand – **Gentechnologie** und Landwirtschaft 1/1991 | **Gesegnete** Mahlzeit 3/1999 | **Globalisierung** – Weltmarktethik für Land und Leute 2/1998 | **Globalisierung** der Landwirtschaft aus christlicher Sicht – eine Streitschrift SH/2000 | Siehe, es war sehr **gut...** 3/1988 | **Heil- und Aromapflanzen** 3/2006 | **Passion Jagd** 3/2008 | **Land-Kinder** 4/1995 | **Kirchenleben** vom Land, Ökum. Landjournal SH 2001 | **Konflikte** und Seelsorge 4/2007 | **Landschaf(f)t Kultur** 4/2008 | **Landfrauen** 4/1997 | **Landjugend** 4/2003 | **Land-Lernen** 2/1997 | **LandMann** 4/2006 | **LandBlicke** – **Landschaft** im Wandel 1/2003 | **Lebens-Gemeinschaften** auf dem Lande 4/1998 | **LippenBekenntnis** 2/2002 | **Loben**, Bekennen, Teilen 3/1990 | **Lebenslust** 2/2004 | Braucht das Land neue **Männer?** 4/1990 | **Gesegnete Mahlzeit** – für alle 3/1999 | Dem Land auf der Spur – **Bilder**, **Meditationen**, **Geschichte** SH 1999 | Tier – **Mitgeschöpf** oder Produktionsfaktor 2/1987 | **Mitgeschöpf** Pflanze 1/1995 | **Loben** und **Mitteilen** 2/2000 | **Nachhaltigkeit** – Ökum. Fragen und Handeln 1/2001 | Entwicklung der Landwirtschaft in den **neuen Bundesländern** 2/1992 | **LandNoten** 4/2009 | Von Bauern, Bildern und Berichten – Landwirtschaft in der **öffentlichen Meinung** 2/1995 | **Obst** – Früchte des Landes 3/2005 | **Land-Pfarrer** 4/1996 | **Pflegenotstand** 4/1991 | **Psychosoziale Lage** – Land des Lächelns 2/1996 | Von Weinstock und **Reben** 3/2001 | Land zwischen **Romantik** und Verwertung 1/1996 | **Säen**, ernten, wundern 3/1998 | **Spannungsfeld**: Land – Wirtschaft SH 1992 | **Steinreiches Land** 3/2011 | Welche **Stimmen** hat das Land? 3/2002 | **Tierhaltung** und Ethik 2/1994 | Soziale **Umbrüche** – Herausforderung für Seelsorge und Beratung 4/1993 | **Vögel** – Beflügeltes Land 1/2011 | **Vorräte** zum Leben 3/2009 | **Lebensspender Wald** 1/2002 | **Abschied** und **Wandel** im Dorf 4/2000 | **Wasser** – Worin sich der Himmel spiegelt 3/2003 | Vom **Weizenkorn** zum täglich **Brot** 3/1997 | O wohl dem Land ... – **Weihnachten** 4/2004 | **Wetter**-Aussichten 1/2006 | **Säen**, ernten, **wundern** 3/1998 | **Zucker-süßes** Land 3/2004

Bestellbedingungen:

Aktuelle Hefte kosten € 4,50 zzgl. Porto. Ab 5 Hefte erfolgt der Versand frei. (Staffelpreise)

Hefte, die älter als ein Jahr sind, kosten € 2,- zzgl. Porto (Staffelpreise)